

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 125

SONNTAG, 3. Nov. 1935

Aus dem Inhalt:
Justizverbrechen des 3. Reichs
Fett und Freiheit
Demokratie und
Verbrecherdiktatur
Diktatur der Deklassierten

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Brauner Justizterror am Werke

Hamburger Sozialdemokraten zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt

Der braune Justizterror gegen die illegale Sozialdemokratie hat neue Opfer gefordert. Das Oberlandesgericht Hamburg hat am 15. Oktober fünf Sozialdemokraten zu schweren Zuchthausstrafen verurteilt. Das Urteil lautete:

Kieras 4 Jahre Zuchthaus, 4 Jahre Ehrverlust;
Thron 4 Jahre Zuchthaus, 4 Jahre Ehrverlust;
Osterholt 2 Jahre Zuchthaus, 2 Jahre Ehrverlust;
Schumacher 2½ Jahre Zuchthaus, 2 Jahre Ehrverlust;
Goldenhauer 1½ Jahre Zuchthaus.

Die verurteilten Genossen waren beschuldigt, sozialdemokratische Druckschriften, die aus Kopenhagen gekommen waren, verbreitet zu haben. Es handelte sich um die »Sozialistische Aktion« und die »Mai-Zeitung«.

Der Staatsanwalt Behr rühmte sich, daß es gelungen sei, volle Aufklärung des unterirdischen Hochverratstreibens der illegalen Sozialdemokratie herbeizuführen. Dieser Prozeß sei nur der Vorläufer eines gewaltigen Hochverratsprozesses gegen die Drahtzieher im Dienste der Hochverräter von Kopenhagen. Als Hauptschuldige bezeichnete er die Sozialdemokraten Auhagen, Marzinski, Schmedemann, Duwe. Er hielt dann eine echt nationalsozialistische Anklagerede, um das Gericht gegen die Angeklagten besonders scharf zu machen. Er führte aus:

»Die Zeit ist vorbei, wo die Hamburger Gerichte strafmildernd in Erwägung gezogen hätten, daß den früheren Mitgliedern und Funktionären der SPD die Absicht, das herrschende Regime mit Gewalt zu beseitigen, nicht nachgewiesen werden könne, und demgemäß Verurteilungen lediglich wegen Verstößen gegen das Parteiverbotsgesetz vom 14. Juli 1933, nicht aber wegen Hochverrats erfolgte. Das ist jetzt vorbei. Wer mit Leuten, die vom Ausland her Hochverrat treiben, Verbindung hat, und sich verleiht läßt usw., gleichgültig ob SPD oder KPD, wird hier als Hochverräter behandelt und auf Jahre hinaus unschädlich gemacht. Nötigenfalls wird ihm der Kopf vor die Füße gelegt.

Das erklärt auch jeder Kommunist, daß er nicht daran denke, im gegenwärtigen Zeitpunkt mit Knüppeln und Dolchen auf die Straße zu gehen, um die Hitlerregierung zu stürzen, aber was diese Berufsverbrecher politischer Prägung verbindet, ist das Warten auf die bekannte und erhoffte »revolutionäre Situation«, um dann die sozialistische Herrschaft zu errichten. Der Führer verlangt die restlose Ausrottung aller Staatsfeinde. Der Führer hat wiederholt erklärt, es gibt kein Kompromiß zwischen Nationalsozialismus und Marxismus. Und darum seien hier und künftighin ganz exemplarische Strafen nötig, um denen, die jetzt noch glauben, gegen die Regierung des Volkes arbeiten zu können, ein für allemal die Last dazu zu nehmen. »Bedenken Sie«, sagte der Staatsanwalt, »wäre es der Gestapo nicht gelungen, den Leuten das Handwerk zu legen, bis in die Mitte des Jahres 1935 hinein haben sie Hochverrat getrieben, sie würden heute noch ihr ruchloses Gewerbe fortsetzen. Im übrigen, meine Herren, legen hier in jeder Hinsicht ehrlose Handlungen vor. Die Angeklagten haben sich schwer gegen die Volksgemeinschaft versündigt, darum müssen ihnen neben Zuchthausstrafen auch die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt werden. Ich beantrage daher:

Kieras: 7 Jahre Zuchthaus und 7 Jahre Ehrverlust;

Thron: 7 Jahre Zuchthaus und 7 Jahre Ehrverlust;
Osterholt: 3 Jahre Zuchthaus und 3 Jahre Ehrverlust;
Schumacher: 3½ Jahre Zuchthaus und 3½ Jahre Ehrverlust;
Goldenhauer: 1½ Jahre Gefängnis.

Die Verteidigung verwies darauf, daß bisher selbst den schießwütigsten Kommunisten Ueberzeugungstäterschaft zuerkannt worden sei, und daß man ihnen die Ehrenrechte nicht aberkannt habe. Ausgerechnet bei Sozialdemokraten müsse zum ersten Male in Hamburg auch Ehrverlust verlangt werden!

Wie das Urteil zeigt, haben sich die Richter der Forderung des braunen Staatsanwalts gebeugt. Der Name dieses Staatsanwalts wird nicht vergessen werden. Er geht ein in die Liste der braunen Justizverbrecher.

Die barbarischen Zuchthausstrafen, die das Gericht verhängt hat, werden die Fortsetzung der illegalen sozialdemokratischen Arbeit nicht hindern. Gegenüber dem festentschlossenen sozialdemokratischen

Kampfwillen ist die Waffe des Terrors stumpf geworden. Der braune Staatsanwalt hätte ebensogut den Richtern zurufen können: »Bis in die Mitte des Jahres 1935 hinein haben die Angeklagten Hochverrat betrieben — trotz Konzentrationslager, trotz Polizeifoltern, trotz Justizterror. Wir schrecken sie nicht, wir werden ihrer nicht Herr!«

Sie werden unsrer nicht Herr! Eine illegale Bewegung, die zwei Jahre des schlimmsten Terrors überstanden hat, ist nicht mehr zu unterdrücken. Sie ist ein Ausfluß fester Gesinnung, getragen von den ehrenhaftesten Motiven, von der Liebe zu Freiheit und Gerechtigkeit, sie ist eine Schule der Charakterbildung, für die die fellen Schergen des Justizterrors niemals Verständnis haben werden! Daß die Knechte der Feigheit und des Terrors sozialdemokratischen Ehrenmännern die Ehrenrechte aberkennen, ist nur in Ordnung. Die Bevölkerung in Deutschland verteilt die Ehrenrechte längst anders — sie nimmt den Hut ab vor dem Ehrenmann, der für seine Gesinnung ins Zuchthaus geht.

Cliquenkampf im System

Die herrschenden Cliquen in Hitlerdeutschland wühlen gegeneinander. Die Gestapo hat dem eigentlichen deutschen Außenminister Ribbentrop den ersten Referenten Dr. Klügler verhaftet und die Verhaftung gegen den Einspruch von Ribbentrop und Heß aufrechterhalten. Er wird beschuldigt, in einer internen Denkschrift Bedenken gegen die Nürnberger Gesetze erhoben zu haben. Der interne Kampf um ihre Anwendung und Auslegung wird jetzt mit Verhaftungen geführt, und die Gestapo macht sich zum Instrument des radikalnationalsozialistischen Kurses.

Ein erster internationaler Zwischenfall auf Grund der Nürnberger Gesetze hat sich in München ereignet. Ein englischer jüdischer Staatsangehöriger ist wegen »Rassenschandee« zunächst verhaftet, dann ausgewiesen worden. Die englische Regierung hat dagegen protestiert, sie pocht darauf, daß die bestehenden Staatsverträge zwischen England und Deutschland die gleiche Behandlung der beiderseitigen Staatsbürger von beiden Seiten zusichern. Nun muß sich Hitler entscheiden.

Streicher hat eine Kundgebung an seine Spezialorganisation erlassen, in der er die Nürnberger Gesetze als ersten, ungenügenden Anfang bezeichnet und zum Weiterstreben der Bewegung auffordert.

Göring wieder zieht nach der anderen Seite. Er hat in Breslau eine »programmatische« Rede gehalten, in der er unter ungeheurer Beweishäufung Hitlers erklärte:

»Das Tempo des Marsches bestimmt Gott sei Dank der Führer und niemand anderes, wer das nicht will, der hat nun aber anzuschauen... Die Zeiten, wo die Bewegung glaubte, auf verschiedene Dinge im öffentlichen Leben einwirken zu müssen, sind ja nun langsam vorbei.«

Er polemisierte dann gegen Rosenberg, indem er dessen »Mythos« Hitler »Mein Kampf« als allein maßgebend gegenüberstellte. Schließlich sprach er von der getarnten Tätigkeit »anderer Parteien« in der nationalsozialistischen Partei. In dieser ganzen Rede zeigt sich das demagogische Bestreben, Schuld an Not, Bedrückung, Lebensmittelmangel, Unterschmerdiktatur von Hitler und

Göring abzuwälzen auf andere Ungenannte und wieder die alte Walze in Betrieb zu setzen: »Der Führer will das nicht.« Die geheimen Beklemmungen der herrschenden Clique über die wachsende Unruhe in Deutschland leuchten aus dieser Rede deutlich hervor.

Der Katzenjammer ist der letzten Nürnberger Parade sehr schnell gefolgt!

Leber in Dachau

Der frühere sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Julius Leber-Lübeck wurde vor kurzem in Dachau eingeliefert. Er war bei Beginn des Dritten Reiches zu einer Gefängnisstrafe von zwei Jahren verurteilt worden, weil er Führer des Lübecker Reichsbanners gewesen war, das von der SA feige überfallen wurde. Den letzten Teil seiner Strafe mußte er im Gefängnis von Wolfenbüttel verbüßen, weil man ihn »der Herstellung revolutionärer Schriften in der Gefängnisdruckerei verdächtigt hatte. Wie unsinnig dieser Verdacht war, zeigt schon die Tatsache, daß keinerlei Anklage erhoben wurde. Von Gefängnisbeamten wurde in Gesprächen die gute Führung Lebers ausdrücklich hervorgehoben. Trotzdem wurde er kurz vor dem Termin seiner Strafverbüßung durch die Gestapo in das Konzentrationslager Dachau überführt. Die Einlieferung von dem Gefängnis aus — trotz bereits verbüßter Gefängnisstrafe — in das Konzentrationslager Dachau deutet darauf hin, daß man Leber sehr fürchtet und ihn deshalb noch lange in Haft behalten will.

Dr. Leber war Frontoffizier; in seiner elsässischen Heimat war er wiederholt öffentlich für das Deutschland-Lied eingetreten. Noch vor einigen Jahren wurde er von der französischen Presse scharf angegriffen, weil in einer seiner elsässischen Versammlungen das Deutschland-Lied gesungen worden war. Aber den Nazis geht es ja nicht um das Deutschland! Sie bekämpfen Dr. Leber als den überaus angesehenen und beliebten Sozialistenführer von Lübeck aus ihrem Partei egoismus heraus und schicken ihn deshalb in die Hölle von Dachau.

Demokratie gegen Verbrecherdiktatur

Rund um Deutschland entscheiden die Völker über ihre politische Zukunft. In großen Wahlkämpfen wird der politische Kurs festgelegt und damit zugleich über die Zukunft Europas entschieden. Ueberall geht der Kurs auf Erweiterung und Ausbau der Demokratie. Die Zeiten sind längst vorbei, in denen das braune System sich als Vorbild der künftigen politischen Organisation aller Länder Europas spreizen konnte, und phantastische politische Sektierer ihm dabei Vorschub leisteten mit der Behauptung, daß der Faschismus in allen Ländern ein — notwendiges Durchgangsstadium zum Sozialismus sei. Die europäische Demokratie dankt nicht ab — sie ist im Vormarsch gegen den Faschismus begriffen, und wo immer letzte demokratische Reste in halbfaschistischen Systemen geblieben sind, zeigt sie einen unzerstörbaren Willen zur Behauptung und zum Vormarsch — sei es nun in Danzig oder in Budapest. Weder die Demokratie noch die Sozialdemokratie weicht vor dem Faschismus. Rings um Deutschland erweist sich die Sozialdemokratie als der Kern und die Massenbasis der europäischen Demokratie, an Stelle der von den Faschisten aller Länder gewollten geistigen Schwächung der Sozialdemokratie ist eine geistige Krise des Faschismus eingetreten. In den demokratischen Ländern vollzieht sich ein geistiger Reinigungsprozeß, der das Ende aller faschistischen Hoffnungen auf eine Beherrschung Europas durch den Geist Hitlers oder Mussolinis bedeutet.

Die Wahlen in Dänemark mit dem glänzenden Wahlsieg der Sozialdemokratie sind symptomatisch dafür, daß die demokratische Gesinnung der nordischen Völker immun ist gegen das Gift der pseudoarischen Gewalttheorie Hitlers und gegen den Rassenschwindel. In den nordischen Ländern stehen die sozialdemokratisch geführten Regierungen in wahren Einklang mit den Volksmehrheiten. Hier gibt es keine manipulierten Wahlen und keine dirigierte Presse — dafür ein allmähliches aber sicheres Wachsen des Volkswohlstandes, kein Hinwegleugnen der Klassegegensätze — aber eine fortschreitende Verwirklichung des Prinzips der sozialen Gerechtigkeit.

In der Schweiz haben die Nationalratswahlen dasselbe Bild gezeigt: fortschreitende Entwicklung der Sozialdemokratie, fester Behauptungswillen aller demokratischen Kräfte. Alle Versuche der Hitlerpropaganda, den nationalsozialistischen Bazillus in der Schweiz zu züchten, sind kläglich zusammengebrochen. Die sogenannten Frontisten haben sich als ein klägliches kleines Häuflein erwiesen — die lebendige schweizer Demokratie ist kein Boden für die Ausbreitung faschistischen Ungeistes. Diese Niederlage des Nationalsozialismus in der Schweiz wiegt um so schwerer, als sie gleichzeitig eine Niederlage des alldeutschen Expansionsismus und seiner Rassenlehre ist.

Am 14. November wird in England gewählt. Wie immer auch der große Zweikampf zwischen der Konservativen Partei und Labour ausgehen mag, sicher ist: Labour wird sich kräftvoll erheben und seine letzte Wahlscharte ausweiten, die Arbeiterpartei pocht an die Tore der Regierungsmacht. Ob sie sich den Zugang zur Regierung öffnen wird oder nicht — die Sache

Die Justizverbrechen des Dritten Reiches

der Demokratie ist in England so fest gegründet wie kaum in einem anderen Lande. Die demokratischen Grundgedanken und das Bekenntnis zum parlamentarischen System sind das Lebenselement sowohl der Regierungspartei als auch der Opposition, auch die parlamentarische Opposition ist in diesem Geiste ein mitbestimmender Teil des Regierungssystems selbst.

Auch in Frankreich naht die Zeit zu einer großen Wahlentscheidung heran. Der Wille der großen Volksmehrheit bejahet ohne Einschränkung das demokratisch-parlamentarische Grundprinzip, alle Einzelwahlentscheidungen der letzten Zeit lassen erkennen, daß die Mehrheit des Volkes nicht nur einen demokratischen Kurs, sondern einen entschiedenen Linkskurs wünscht.

Der kräftige Lebenswille der europäischen Demokratie ist nicht ohne Einfluß geblieben auf die Anschauungen der Regierung Sowjetrußlands. Sie hat erkannt, daß die Demokratie der Existenzboden für Leben und friedliche Entwicklung der europäischen Völker ist, die einzig mögliche Erscheinungsform der politischen und kulturellen Freiheit. Sie anerkennt, daß die große Alternative für Europa lautet: Faschismus oder Demokratie.

Es ist ein großer geistiger Vormarsch gegen den Ungeist des Faschismus. Die Welt ist wirklich in Bewegung, aber anders als die Nationalsozialisten es gewollt haben. Die Völker rund um Deutschland sichern mit der Demokratie zugleich den Frieden, aber auch den sozialen Fortschritt, die schrittweise Ueberwindung der Krise, Reform und Freiheit, und die Versorgung der Volksmassen.

Das ist die Umwelt, von der sich das Geschick des deutschen Volkes und das Wesen des braunen Systems abheben. Die freien Völker blicken hoffnungsvoll in die Zukunft, sie sehen vor sich friedliches Wachstum, Ueberwindung der Not, bessere und menschlichere Zustände — aber dem deutschen Volk wird von seinen Gewalthabern nur eine düstere Perspektive gezeigt: die gewaltsame Auseinandersetzung mit anderen Völkern. Hier der friedliche Aufstiegszweig der Völker — dort die brutale Anbetung der Gewalt. Während rings um Deutschland die Völker immer hoffnungsfreudiger werden, wird die Lage des deutschen Volkes immer verzweifelter und auswegloser. Es gibt aus dieser verzweifelten Lage nur einen Ausweg: die Ueberwindung des braunen Systems durch den festen Willen zur Demokratie, zur Wiedereingliederung des deutschen Volkes in den Verein der freien europäischen Völker. Der geistige Reinigungsprozeß muß von Europa her über die deutschen Grenzen vordringen.

Voraussetzung dazu ist, daß die Massen des deutschen Volkes die Wirkungen einer anderthalb Jahrzehnte langen Hetz agitation gegen die Demokratie und das parlamentarische Regierungssystem überwinden, daß sie sich freimachen von der müden und gedankenlosen Ablehnung der Erscheinungsformen der politischen Freiheit. Das Bekenntnis zur Demokratie, der Wille zur Wiederaufrichtung ihrer politischen Einrichtungen muß das gemeinsame Ziel der in Deutschland kämpfenden Opposition werden. Wenn sie fest und entschlossen das Ziel zeigt: demokratische Verfassung gegen Verbrecherdiktatur, dann wird sie getragen werden von der großen Bewegung des demokratischen Erwachens, die durch Europa geht.

Der Bankrott der Frontkämpfermystik

Die Wirklichkeit zerstört einen Mythos

Da haben sie immer gesagt, der Nationalsozialismus sei aus dem Fronterlebnis geboren, und nun dekretieren sie: Juden dürfen nicht dabei gewesen sein. Soweit sie gefallen sind, haben sie es auf eigene Gefahr getan, und übrigens kann es gar nicht möglich gewesen sein. »Heldens« sind nur in den Kreisen der Arier zu finden, die Juden sind nur gefallen, um das deutsche Volk ihrer Weltherrschaft zuzuführen, ihr Tod war weiter nichts als ein jüdischer Dreh und darum muß man die Toten nochmals töten. So geschah es. Göbbels verordnet:

»Hiernit gebe ich den Landesstellen und allen nachgeordneten Dienststellen des Ministeriums davon Kenntnis, daß es verboten ist, die Namen gefallener Juden auf Ehrentafeln und Denkmälern für die Gefallenen des Weltkrieges anzuführen. Ich bitte für die Beachtung dieses Verbotes innerhalb des Dienstbereiches Sorge zu tragen.«

Das ist der Bankrott der Frontkämpfer-

In der im letzten Heft von »Statistik und Wirtschaft« veröffentlichten Kriminalstatistik des Deutschen Reiches für 1933 wird die Zahl der 1933 wegen Verbrechen und Vergehen gegen die Reichsgesetze rechtskräftig Verurteilten mit 489.090 angegeben. Im Jahre vorher wurden 544.470 Personen von den deutschen Gerichten verurteilt.

Diesen Rückgang preisen die Nationalsozialisten als einen doppelten Erfolg ihrer Regierungskunst. In der Erörterung zur Statistik heißt es:

»Der Rückgang der Kriminalität von 1932 auf 1933 ist einerseits auf die innerpolitische Beruhigung, auf die Erfolge der nationalsozialistischen Erziehung, die fortschreitende Verringerung der Arbeitslosigkeit und die der Besserung der Wirtschaftslage vieler Volksgenossen, andererseits aber auch auf die Verschärfung mancher Strafdrohungen und die dadurch verstärkte allgemein vorbeugende Wirkung der Strafgesetze zurückzuführen.«

Aber, obwohl die Nationalsozialisten um Gründe nicht verlegen sind, die ihr besonderes Verdienst an dem Sinken der Kriminalität beweisen sollen, so müssen sie doch auch zugeben:

»Es dürfen allerdings auch nicht die beträchtlichen Wirkungen der Gesetze über Straffreiheit vom 20. Dezember 1932 und vom 21. März 1933 außer Acht gelassen werden.«

Darin liegt denn auch tatsächlich die Erklärung! Das Jahr 1933 hat im Dritten Reich ein rapides Ansteigen der Verbrechen und Vergehen gegen die Strafgesetze, insbesondere eine vorher kaum dagewesene Häufung von Gewalttaten, schwersten Körperverletzungen, Diebstählen, Erpressungen, Totschlag und Mordtaten gebracht — aber diese Verbrechen, von SS- und SA-Leuten und anderen unter dem Schutz der NSDAP stehenden Elementen begangen, sind unter Zusicherung der Straffreiheit durchgeführt worden. Nicht allein jene Verbrechen, die unter Papen als Reichskanzler und später durch die Hitlerregierung ausdrücklich amnestiert wurden, blieben ungesühnt, es kommen dazu noch zehntausende

mystik. Der wahre Charakter dieser Ideologie enthüllt sich mehr und mehr. Bis in sozialistische Kreise hinein neigte man zuweilen zu der Annahme, wir waren nicht »national« genug, und darum haben die anderen gesiegt. Man könnte auch sagen, wir waren nicht verpießert genug, und darum hat Hitler die Spießier erobert. Noch heute gönnen wir sie ihm, und noch heute, ja, gerade heute, gilt es zu erkennen, daß der Nationalsozialismus nicht »national« schlechthin ist, sondern einen ganz besonderen Nationalismus verkörpert, der in der Vorkriegszeit der Nationalismus der Alldeutschen war. Hier waren die Antisemiten und wildgewordenen Kleinbürger versammelt, die sich im Schlepptau der reaktionären Schwerindustrie und des Großgrundbesitzes befanden. Vor dem Sieg der Demokratie fürchtete sie sich, und weil der antidemokratische Wilhelminismus letzten Endes aus seiner Selbsterhaltung heraus in den Weltkrieg trieb, waren die Alldeutschen die schärfsten Kriegstreiber, und die Demokratie drinnen und draußen war ihr eigentlicher Feind. Im Verlauf des Krieges erstarkten in Deutschland aber die demokratischen Elemente und die alten Gewalten gingen ihrem Ende entgegen. Und als der Krieg beendet war, da hatte nicht nur die gehätselte internationale Demokratie gesiegt, sondern auch im eigenen Lande kam das neue Prinzip zum Durchbruch. Die Niederlage im Weltkrieg war für die Alldeutschen aus diesem Grunde eine Niederlage von gewaltigen Ausmaßen. In einem ganz bestimmten Sinne zerbrach ihre Welt im Schützengraben, soweit sie ihn gesehen. Und darum ist der verlorene Weltkrieg für sie in einem ganz anderen Sinne und in einem anderen Umfang Mittelpunkt ihres Denkens, Fühlens und Wollens. Der Inhalt ihrer Frontkämpfermystik ist prinzipiell klassenkämpferisch gegen die Demokratie gerichtet. Der Sinn des Krieges war für sie ein prinzipiell anderer als für die Frontsoldaten anderer Klassen der Bevölkerung. Der Kampf um die Kriegsziele während des Krieges, Max Webers und anderer bürgerliche und sozialistische Kritik an den Zielen der Alldeutschen, beleuchtet die Richtigkeit dieser These schlaglichtartig. »Von Kriegsbeginn an haben sie unseren nationalen Existenzkampf umzufälligen getrachtet zu einem Kampf für die jetzige, angeblich apozifisch »deutsche« rein bürokratische Staatsstruktur gegen eine angebliche »Verschwö-

weitere Verbrechen, die, auch ohne daß sie unter die Amnestie fielen, nicht verfolgt wurden.«

So ist also in Wirklichkeit die Kriminalität 1933 weit höher, als die Kriminalstatistik ausweist. Nur sitzen die Verbrecher statt in den Zuchthäusern in hochbezahlten Partei- und öffentlichen Aemtern.

Daneben aber gibt die Kriminalstatistik doch einen, wenn auch nur geringen Aufschluß über das grausige Schreckenregiment, das die Hitlerdiktatur über ihre politischen Gegner im Reiche ausübt. Bekanntlich gilt die Betätigung der sozialdemokratischen Gesinnung als Hochverrat, Verrat am deutschen Volke usw. Wegen Mord werden im Dritten Reich nicht die Mörder, sondern diejenigen abgeurteilt, die sich zur Wehr setzten, um nicht die Opfer des nationalsozialistischen Untermenschentums zu werden. Ihr erschütterndes Schicksal schreien die nachstehenden Zahlen in die Welt. Es erfolgten Verurteilungen:

	1933	1930
Hochverrat	1698	61
Mord	163	90
Verrat militärischer Geheimnisse	155	87
Verrat am deutschen Volke und hochverräterische Umtriebe	954	—
Abwehr heimtückischer Angriffe gegen d. Regierung d. nat. Erheb. 3794	—	—
Vergehen gegen Schutz von Volk und Staat	3133	—
Im Jahre 1930 wurden wegen Vergehen gegen das Gesetz zum Schutz der Republik im ganzen 514 Personen verurteilt. Die Hitlerregierung schickte wegen Vergehen gegen die zum Schutz der Diktatur erlassenen Gesetze 1933 7881 Personen in die Zuchthäuser.		
Die Statistik der Strafen zeigt dieses Bild:		
	1933	1930
Todesstrafen	78	43
Erfolgte Hinrichtungen	64	1
Lebenslängliches Zuchthaus	19	5
Zuchthausstrafen auf Zeit	9642	4669

»Der wuesteuropäischen Demokratie. Die große Mehrheit aber der Nation weist es zurück, daß unsere Brüder draußen für nichts Besseres als für solche Literatenprodukte und für die durch sie veridarte kontrollfreie Beamtenherrschaft ihr Blut vergossen haben sollen.« So schrieb die »Frankfurter Zeitung« am 7. September 1917. Verfasser: Max Weber. Scharf stehen sich hier zwei Formen nationalen Denkens gegenüber. Und weil der moderne Nationalgedanke siegte, unterlag jener hohle Patriotismus der Alldeutschen. Im Jahre 1918 war ihre Niederlage an der inneren deutschen Front ebenso besiegelt, wie jene Deutschlands an der äußeren Front feststand. Und weil das beides zusammenfällt, darum konnten sie keinen solchen Film wie jenen von Remarque ertragen und gingen sie mit weißen Mäusen gegen ihre Niederlage vor. Und weil sich ihr Nationalismus allein aus ihren reaktionären Interessen ergibt, mußten sie alle diejenigen verleugnen, die in einer anderen Front zu finden waren. Und darum müssen sie auch die gefallenen Juden verhöhnern, so wie einst Göbbels die gefallenen Sozialdemokraten als Deserteure beschimpfte. Endlich enthüllt sich der wahre Kern der nationalsozialistischen Frontkämpfermystik. Es geht nicht um die Nation, sondern um die reaktionären Interessen des deutschen Spießiers, der seit jeher in einer Front mit den übrigen Kräften der deutschen Reaktion marschiert, mit Großgrundbesitz und Schwerindustrie.

Tapfere Westfalen

Erfolgreiche Rebellen einer Landgemeinde.

Aus Westfalen erhalten wir von unbedingt vertrauenswürdiger Stelle den nachstehenden Bericht:

Die Fußballspieler des katholischen Junglingsvereins in Epe in Westfalen, einer Landgemeinde mit 6000 Einwohnern, haben auch nach der Auflösung ihres Vereins nach der Arbeitszeit weiter ihrem Sport gebuhdelt. Der Platz und eine danebenstehende Scheune wurde ihnen von einem Bauern zur Benutzung freigestellt. Eines Abends sitzen 14 junge Männer von 20 bis 26 Jahren in der Scheune. Da geht plötzlich die Tür auf und zwei uniformierte Polizeibeamte treten mit entschlossener Pistole ein. Auf Aufforderung haben die Leute die Hände hoch und müssen einzeln

Dieser Vergleich mit dem Jahre 1930 enthüllt den Terrorismus des faschistischen Schreckenregimes. Männer und Frauen des arbeitenden deutschen Volkes, die nur das eine »Verbrechen« begangen hatten, Sozialdemokraten oder Kommunisten zu sein und für ihre Ueberzeugungen einzustehen, werden zu Hoch-, Landes- und Volksverrätern gestempelt und müssen dafür mit langen Zuchthausstrafen und in Dutzenden von Fällen mit dem Tode büßen. Unter den 64 erfolgten Hinrichtungen im Jahre 1933 — gegen 1 im Jahre 1930 — befinden sich Sozialdemokraten, Reichsbannerangehörige und Kommunisten, die nie Verbrecher und nie Mörder waren.

Für die Nationalsozialisten, die sich gern als die Partei der Jugend bezeichnen, ist es außerdem charakteristisch, daß, obwohl der Gesamtanteil der 14- bis 18jährigen an der Kriminalität nur 3,3 Prozent beträgt, er bei den wegen Mord Verurteilten 8,3 Prozent ausmacht. Beste deutsche Jugend, die sich nicht dem faschistischen Terror beugte, starb unter dem Henkerbeil oder stizt im Zuchthaus.

So entsetzlich diese Kriminalstatistik ist, so gründlich sie den mühsam über die deutsche Wirklichkeit gezogenen Schleier zerstört, so bringt sie doch nur die heroisch qualvollen Opfer der sozialistischen Massen im deutschen Volke zu einem Teil zum Ausdruck: es ist in der Kriminalstatistik nichts zu lesen von den im Jahre 1933 begangenen mehr als 300 Mordtaten an Sozialdemokraten und Kommunisten, nichts von den ohne Anklage und Verurteilung erfolgten Masseneinkerkerungen, nichts von den Zehntausenden, die in die Konzentrationslager gesperrt und dort in unmenschlicher Weise gefoltert wurden. Strafen für das braune Heer der Folterknechte, Totschläger und Mörder weist die Kriminalstatistik des Dritten Reiches nicht auf. Es gibt für sie keine Richter und keine Zuchthäuser.

Auch das bestätigt die Kriminalstatistik für 1933!

heraustreten. Ihre Feindschaft warben fest gestellt.

Am anderen Morgen müssen sie auf das Bürgermeisteramt. Der erste der Vorgeladenen, namens Mersmann, tritt ein und grüßt »Heil Hitler!« Dabei scheint es dem Bürgermeister, als ob er lachte. Ein Wortwechsel entspinnt sich. Ein Gestapo-Beamter schlägt den Mann ins Gesicht. Der Betroffene kann sich kaum auf den Beinen halten, dann aber faßt er sich wieder und schreit: »Was fällt Ihnen denn ein? Warum schlagen Sie mich denn? Wir sind doch hier nicht in Afrika!« Nun springen beide Beamte auf den Mann, reißen ihn an den Haaren und schlagen mit Fäusten auf ihn ein.

Nach der Vernehmung wurde der Mißhandelte in Haft genommen. Die anderen Jungen, die ausnahmslos freigelassen wurden, erzählten den Vorfall in der Öffentlichkeit. Der Bevölkerung bemächtigte sich eine ungeheure Wut. Als der Bürgermeister abends im Hotel Laufers in Epe saß, belagerten wohl zweihundert bis zweihundertfünfzig Menschen dieses Haus und stießen Drohungen gegen den Bürgermeister aus. Zu Hilfe gerufene Polizeibeamte wurden von der Menge umringt, geschlagen, getreten und hin und her gezerrt. Den beiden Beamten wurden die Säbel und Pistolen abgenommen. Die Waffen wurden später auf der Straße wieder gefunden.

Am nächsten Tage, einem Sonntag, kam ein Auto mit mehreren Gestapobeamten besetzt nach Epe. Im Hotel Laufers befand sich eine größere Anzahl katholischer Bürger, die vom Kirchgang kamen. Von diesen Leuten sagte ein Bauer wörtlich zu den Beamten: »So müßt Ihr es hier nur machen, dann habt Ihr nicht nur uns Katholiken, sondern alle gegen Euch. Hitler hat ganz Deutschland erobert, aber noch lange nicht Epe.«

Man hat diesen Bauer nicht verhaftet, sondern den eingesperrten jungen Katholiken auch noch entlassen. Der geschlagene Mann ist nach Ahaus zum Landrat Sümmermann gefahren. Beide sind dann im Auto zur Regierung nach Münster und zu dem Gauleiter Dr. Meyer gefahren, um sich zu beschweren. Von beiden Stellen ist eine Untersuchung der Vorfälle und eventuelle Bestrafung der Schuldigen zugesagt worden.

Deutsche Streiflichter

Die halbierte Reichsmark

Die Reisenden, die im Mercedes-Benz aus dem Dritten Reich ins Freie fahren, wissen über die galoppierende Schwindsucht der Reichsmark Bescheid. Die anderen aber, die ehrlich und brav mit 10 Märklein pro Person dritter Klasse sich eine kleine Auslandsreise erlauben, bekommen an der ersten besten Wechselbank keinen geringen Schrecken. Von Hitler und seinem Reichsbankrotteur Dr. Hjalmar Schacht hatten sie immer gehört, daß die Reichsmark fest steht, während die verschiedenen Franken und Gulden der Inflation und Devaluation entgegenwanken. In den Kurzetteln der deutschen Presse hatten sie Tag für Tag gelesen, daß man für eine Reichsmark 6.11 französische Franken bekomme. Und nun stehen sie in Metz oder in Straßburg oder in Nancy am Schalter und versuchen dem Frankenverkäufer klar zu machen, daß er wahrscheinlich die deutsche Presse nicht lese oder die letzten Führerreden überhört habe, denn der Mann zahlt ihnen nur noch 3.50 Franken für eine Reichsmark aus. Der Kassierer aber ist unerbittlich. Es gibt keinen Centime mehr, aber kostenlos erhalten die Besucher aus Hitlerdeutschland, deren Gesicht noch länger werden als nordisch, die Aufklärung, daß die Mark seit Monaten un-aufhaltsam gleite und stürze und das Tempo mit jeder Woche rapider werde. Ja, wird gefragt, ob denn alles gelogen sei, was drüben in den Zeitungen stehe? Keinerwegs alles, lautet die höfliche Antwort, denn der offizielle Kurs der Reichsmark sei und bleibe 6.11 Fr., aber er gelte eben nur für die offizielle Reichsmark, für die Ueberweisung durch die Bank oder durch Postanweisung, denn in diesen Fällen handelt es sich nur um ein Verrechnungsverfahren. Der Markbetrag bleibt in Wirklichkeit in Deutschland, und nur der »offizielle« Gegenwert wird in Franken ausgezahlt. Alle sonstigen Markbeträge aber werden im Auslande so bewertet, wie die deutsche Währung nun einmal eingeschätzt wird: nur noch zur Hälfte des Standes, den die Reichsmark in den verfloßenen Jahren marxistischer Schmach rund auf dem Erdball hatte.

In Nürnberg aber hat jüngst einer dröhnend gebrüllt, das könne seinen Gegnern so passen, jetzt ihn zu verdrängen und die Regierung zu übernehmen, wo es wieder etwas zu verwirtschaften gebe

Eine Niederlage

Dr. Robert Leys

Der Präsident der Deutschen Arbeitsfront hatte mal eine Idee; sie war auch danach. Er wollte die der deutschen Arbeiter unwürdige Kontrolluhr ersetzen durch den Betriebsappell, den still und unparteiisch die Pünktlichkeit feststellenden Mechanismus ablösen durch einige lärmende Kommandos: »Achtung! Stillgestanden! Augen gerade aus!« Dazu dann einen zackigen Führerspruch und ein altes deutsches Volkslied. Etwa: »Was frag ich viel nach Geld und Gut, wenn ich zufrieden bin«

Die Sache klappte nicht gleich. Nicht einmal die Unternehmer sahen den Fortschritt ein, von dem allzeit geringen Militärverständnis ihrer Gefolgschaften ganz zu schweigen. Also setzte sich der Herr Präsident in seinen 50.000-Mark-Wagen, um den diversen Führern und Gefolgschaften rings im Reiche zu zeigen, wie solche volksgemeinschaftliche Morgenandachten arrangiert werden müssen. Wo er hinkam, klappte es auch, solange er da war. Man tat ihm den Gefallen, zu einem Betriebsappell antreten zu lassen und grünte höchstens in den hinteren Gliedern, wenn er die Front abschritt. Für die Pressephotographen gab es einige herzbewegende Bilder: der leutselige Arbeiterführer steigt zum Volke herab, schüttelte einige schwierige Fäuste und schäkert als alter Schwerenöter mit einigen hübschen Arbeiterinnen.

Nun aber zieht der Hauptamtsleiter Gohdes im »Informationsdienst« der Deutschen Arbeitsfront die Bilanz des Unternehmens und stellt fest, daß »runde 10 Prozent aller Betriebe »bereits« von dem Gedanken erfaßt sind; daß also 90 Prozent aller für einen Gefolgschaftsappell überhaupt in Betracht kommenden Betriebe die Schnapsidee des Herrn Dr. Robert Ley glatt ablehnen.

Das ist ein Stimmungszweigen, so gut wie die Vertrauensratswahlen. Die Arbeiter fügen sich noch dem Terror, aber Eroberungen macht der Nationalsozialismus nicht.

Der vorsichtige

»Deutsche Sprachvereine«

Der Landesverband Bayern dieses in seiner Art verdienstlichen Vereins hat ein Preis-ausschreiben für die Aufspießung von Sprachschnitzern erlassen. Studenten und Schüler sollen Jagd machen auf ergötz-

Wachsende Mißstimmung

Aus der Pfalz wird uns berichtet:

Im Mittelpunkt aller Unterhaltungen und Kritiken steht heute die Lebensmittelnot. Die Frauen unterhalten sich aufgeregt über den Mangel an Butter, Schmalz, Schweinefleisch und verschiedener Obstsorten und gehen auseinander mit der gegenseitigen Versicherung, »aber nichts weitersagen!« Die Beruhigungsreden und Rundfunkgespräche für die »vernünftige Hausfrau« nutzen nicht viel. Alle beraten den Weg der Selbsthilfe durch Schmuggel, der in den Grenzgebieten einige Hilfe bringt. Das Risiko ist aber bei der scharfen Grenzbeobachtung sehr groß. Trotzdem machen sich die starken Aufkäufe in den erhöhten Schlachtziffern der Grenzschlachthäuser in Elsaß-Lothringen bemerkbar. Die zahlreichen Beziehungen über die Grenze machen den Mangel besonders fühlbar und man beneidet die Elsaß-Lothringer.

Bei den Geschäftsleuten ist jetzt das Wareneinkaufsbuch an der Tagesordnung, gegen dessen Einführung sie allerhand ent-rüstete Einwendungen machen, das aber unter Androhung von Strafen entschieden verlangt wird. Da sie zum großen Teil mit der Beseitigung aller Steuern unter der Hitlerherrschaft gerechnet haben, fühlen sie sich jetzt schwer betrogen.

Von Studenten konnte man jetzt während der Ferien hören, daß auch in diesen Kreisen große Enttäuschung und Empörung herrscht. Sie können es nicht verstehen, daß immer mehr Stellen mit unfähigen SA-Leuten besetzt werden, während für diejenigen, die ihr Geld ins Studium gesteckt haben und jahrelang studieren mußten, keine Existenzsichten bestehen.

Der Unmut gegen die nun wieder eröffnete Sammellei ist sehr groß und man mußte annehmen, daß nach den allenthalben gehörten Äußerungen das Ergebnis sehr mager ausfallen wird. Nun wird aber aus allen Or-

te liehe Sprachschnitzer in der Öffentlichkeit, d. h. auf Verstöße gegen Richtigkeit, Deutlichkeit und Reinheit unserer Muttersprache in öffentlichen Aufschriften und Anschlägen, wie sie auf Straßen, in Gaststätten, Geschäftshäusern, Amtstuben usw. anzutreffen sind.

Recht verständig. Dann aber kommt ein auffälliger Nachsatz: »Dagegen sollen Zeitungen vorerst nicht erfaßt werden.«

Warum eigentlich nicht? Es sind doch nicht in jeder Nummer Reden des Führers und Reichskanzlers abgedruckt!

Wer kommt, und wer nicht kommt

Zu Beginn dieses Winters sollen die sozusagen deutschen Dichter des Nationalsozialismus dem deutschen Volke nahegebracht werden. Sie reisen durchs Land und hoffen auf gefüllte Säle.

Wer dürfte eher auf ausverkaufte Häuser rechnen als der zum Nationaldichter gekürte expressionistische Kulturbolschewist von einst und hitlerische Staatsrat und Präsident der Reichsschrifttumskammer jetzt, Pg. Hanns Johst? Er, aus dessen Schlageter das gefüllte Wort stammt: »Wenn ich das Wort Kultur höre, entsichere ich meinen Revolver.« Er, der eine seiner Gestalten von den Verduneten im Stacheldraht das wahrhaft nationalsozialistisch gemeine Wort sprechen läßt: »Keine Rose ohne Dornen.«

Hanns Johst also las in Köln. Man hatte keineswegs einen Riesensaal genommen, sondern den der »Lese«, der nur wenige hundert Menschen faßt, und — er war gähnend leer. In einer Stadt von fast 800.000 Einwohnern fanden es nicht 500 Menschen der Mühe für wert, den »größten« deutschen Dramatiker sich anzusehen und anzuhören, der eben erst auf dem Nürnberger Reichsparteitag mit dem höchsten Dichterpreis gekrönt worden war.

Der »Westdeutsche Beobachter« ist von der Ablehnung, die Köln dem Schlageter-Johst zuteil werden ließ, entsetzt. Er fragt und droht: »Wie soll das Saubere da noch gedeihen wollen? Es wird indessen etwas geschehen, was hier nicht erörtert zu werden braucht.«

Was also wird geschehen? Das nächste Mal werden die Kölner wohl antreten müssen zum Poesieempfang! Warum denn nicht? Wenn doch auch Johstens Schlageter auf allen deutschen Bühnen zwangsweise gespielt werden mußte.

»Heimatlos gemacht«

Die hitlerdeutsche Propaganda läßt rührselige Aufsätze verbreiten. Vier Neubelgier sind ausgebürgert worden, wurden »heimatlos gemacht«, wie sentimental geschrieben wird, wenn der ausbürgernde Staat nicht ge-

ten von eine Steigerung des Ertrages gegenüber dem Vorjahr berichtet. Entweder haben die Kritiker geflunkert und doch gependet, oder aber, es ist Befehl ergangen, die Summen zu erhöhen. Eine Kontrolle ist unmöglich und damit die Voraussetzung für Gerüchte geschaffen. Man prophezeit dem System ein baldiges Ende.

Im Gespräch über diese Fragen wird wohl zugegeben, daß die Kritik ganz verschieden eingestellter Menschen noch nicht zum Sturz eines so gut verbarrickierten Regierungssystems führen kann, worauf man dann oft die Antwort bekommt, wenn das ganze Volk gegen sie ist, können sie eben nicht mehr lange regieren.

In Zweibrücken wurde der 1887 geborene Gustav Schuck zu 1½ Jahren Zuchthaus verurteilt, weil er sich im Geschäftslokal an einem 14jährigen Jungen sittlich vergangen hat. Staunend lesen die Pfälzer solche Fälle, die man erst seit Röm in diesem Gebiet kennt.

In Frankenthal wurde der 35 Jahre alte Karl Deffner wegen dem gleichen Verbrechen an einem unter 14 Jahre alten Jungen zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Vor dem Sondergericht Frankenthal wurde der 40 Jahre alte Michael Fischer aus Dimbach in Unterfranken zu acht Monaten Gefängnis verurteilt, weil er von Mai bis Juni 1933 aus dem Saargebiet, in dem er sich seit 1924 aufhielt, Zeitungsausschnitte nach Hause geschickt hat.

Der 54 Jahre alte Johann Mund und der 38 Jahre alte Hermann Hebel aus Speyer wurden zu fünf, resp. zehn Monaten Gefängnis verurteilt, weil sie als Pflichtarbeiter der Stadt Speyer am Woogbach während des

Frühstücks »Lügen« über den Reichstagsbrand zum besten gegeben haben sollen.

In Hasloch weilt der Sohn des Architekten Karl Handrich zusammen mit einem Kameraden auf der Straße, der an seinem Gewehr herumhantierte. Plötzlich löste sich ein Schuß. Die Kugel drang dem jungen Handrich in die Brust, so daß seine Verbringung ins Krankenhaus erforderlich wurde.

In Flomersheim bei Frankenthal spielten Kinder mit einem Gewehr, wobei der 14 Jahre alte Herbert Seitenspinner am Arm und an der Brust gefährlich verletzt wurde. Er mußte ins Krankenhaus verbracht werden.

In Wolstein wird dem Verwaltungsstellenleiter der DAF eine Unterschlagung von 400 Mark zur Last gelegt. Er gibt zu, das Geld für private Zwecke verwendet zu haben und wurde verhaftet. Sein Name ist Karl Heuser, er stammt aus Kaiserslautern und ist schon 23 Jahre alt, aber alter Kämpfer.

Dr. Ramm, Oberbürgermeister von Pirmasens, wird von der Parteilinken heftig angegriffen, weil er sechs Schreibmaschinen bei einem Juden gekauft haben soll.

Viel besprochen wird der Bau einer Villa für den Kreisleiter Mann in der Blumenstraße und ein Neubau des Stadtrats Döring. Beide waren vorher arbeitslos, sehr arm und hatten überall Schulden. Sie waren in der Lehre als Büroangestellte, konnten aber wegen Unfähigkeit nirgends unterkommen. Döring war einmal beim Arbeitsamt als Hilfskraft beschäftigt, mußte aber entlassen werden, weil nicht mit ihm zu arbeiten war.

Zersetzung in der SA

Aus Frankfurt a. M. wird uns berichtet: Der Mißmut in der SA wird immer größer. Aus allen Stürmen ist zu hören, daß die Dienstwilligkeit der SA-Männer sehr nachläßt. Trotz aller öffentlichen Begeisterung werden die SA-Männer innerlich immer mißmutiger, so daß man oft hören kann: »Ein Kopfhinhalten kommt im Ernst-falle gar nicht in Frage.« Auch die SA-Führung ist durch die dauernde Zurücksetzung gegenüber der SS sehr verstimmt. So dürfen zum Beispiel nach einer neuen Anordnung Sturmführer der SS die Lager Motorsport, Wehrsport, Landjahrlager usw. ohne weiteres besichtigen und an deren Übungen teilnehmen, während Sturmführer der SA sich 24 Stunden vorher anmelden müssen. In einem Landjahrlager im Westwald wurden beispielsweise auf Grund dieser Anordnung ein SA-Sturmführer und ein politischer Leiter, die sich weigerten, sich aus dem Lager zu entfernen, tätlich angegriffen und mit Spaten hinausgejagt.

Auch die NSKK sondert sich immer mehr von der SA ab und stellt sich bei jeder Gelegenheit als die treue Truppe des Führers hin, wie dies aus einem Tagesbefehl Hühnleins vom 23. September wieder zum Ausdruck kommt.

Die SS, die der SA und der NSKK gleich ablehnend gegenübersteht, pocht mehr denn je auf ihre Verdienste am 30. Juni. Meldungen wegen Verletzungen der Grußpflicht gegenüber SA-Führern werden, wenn überhaupt, nur noch lächelnd mit den entsprechenden Bemerkungen vor der Front gerügt.

Die HJ hat sich als Gegner ebenfalls die SA sowie die Parteidienststellen ausersuchen. Die dauernden Führerbesprechungen und Konferenzen mit Parteilisten lassen auch hier erhebliche Meinungsverschiedenheiten vermuten. Die Partei kritisiert auf das heftigste das sittliche Verhalten der HJ.

Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang ein Brief eines alten Kämpfers an seinen Bruder, der in Schlesien politischer Leiter ist und in dem es wörtlich hieß: »Alles in allem, ist das Ganze nichts anderes wie ein Kampf aller gegen alle. Wer da Sieger bleibt, weiß der Teufel. Es gibt hier alte Pgs., die einen geradezu fanatischen Haß gegen die Partei zur Schau tragen. Wie ist es in dieser Hinsicht bei Euch?«

Großes Aufsehen hat in Frankfurt die Erschießung eines SA-Mannes durch einen SS-Mann auf offener Straße erregt. Der Fall wird völlig geheim behandelt, so daß über die Hintergründe bis jetzt nichts zu erfahren war. Der SS-Mann befindet sich auf freiem Fuß. Der Getötete wurde in aller Stille beigesetzt.

Der Kronzeuge

Der frühere Oberbürgermeister Hesse in Dessau ist zu einer Pensionskürzung auf zwei Fünftel des Ruhestandesgehalts verurteilt worden, weil er »bei der Verlegung des Bauhauses von Weimar nach Dessau das finanzielle Interesse der Stadt nicht genügend wahrgenommen habe.« Das Urteil ist ein Ausfluß des Hasses der braunen Kunstbauhäuser gegen das als »kulturbolschewistisch« verschrieene Bauhaus.

Einer der Hauptvorwürfe, die in diesem Disziplinarprozeß gegen das Bauhaus erhoben wurden, war die angebliche »Unsittlichkeit« des Bauhauses. Der Kronzeuge dafür war der frühere Bauhausheizer, natürlich ein Pg.

Fett und Freiheit

Bis zu den Fleisch- und Butterkarten hat es die Hitlerherrschaft in den bisherigen drei Jahren der Schmach und des Ruins noch nicht gebracht, aber die fleischlosen Tage sind schon da. Nicht die fleischlosen Tage und Wochen, die der fortschreitende Lohndruck, die Kürzung der Renten, das Herauftreiben der Lebensmittelpreise über Millionen deutsche Menschen verhängt hat, sondern es handelt sich um den Beginn behördlicher Maßnahmen zur Einschränkung des Fleischverbrauchs, die Darrés Selbstblockade und Hitlers Rüstungspolitik erzwingen. Der Gauleiter Bürkel erläßt folgende Bekanntmachung:

»Vielfach wirkt sich der bestehende vorübergehende Mangel in Schweinefleisch und Butter gerade bei jenem Teil der Bevölkerung aus, der schwere Handarbeiten verrichten muß. Als Nationalsozialisten bekennen wir uns durch die Einführung besonderer Maßnahmen, insbesondere zur Handarbeit (!). Diese Maßnahmen bedeuten für den einzelnen ein sehr geringes Opfer gegenüber dem Gemeinschaftssinn, den gerade die deutsche Arbeiterschaft im neuen Reich bekundet. Es wird daher angeordnet:

1. Alle Parteigenossen mit ihren Familien, die dem Beamtenstand angehören, führen ab heute den Mittwoch und Freitag als fleischlose Tage ein. An alle nicht der Partei angehörenden höheren, mittleren und unteren Beamten, sowie an alle, die im Hinblick auf ihre tägliche Arbeit auf den Genuß von Fleisch verzichten können, ergeht der Appell, sich als Nationalsozialisten und Volksgenossen diesem Vorgehen anzuschließen.

2. Auf den Genuß von Butter findet die gleiche Anordnung für den gleichen Kreis und für die gleiche Zeit Anwendung. Dagegen gilt der gleiche Appell für alle Partei- und Volksgenossen.

3. Die Parteiführer, Gauleiter, Kreisleiter, Gauamtsleiter, Ortsgruppenleiter, Brigadeführer, Standartenführer und Sturmbannführer der SA und SS, für die Führer der HJ, der Frauenschaft des BdM, sowie für alle besoldeten Angestellten aller Gliederungen wird diese Anordnung auch auf den Montag ausgedehnt.

Diese getroffene Maßnahme wird durch Erlaß des Gauleiters zur gegebenen Zeit wieder aufgehoben.

Es wird erwartet, daß dies in kürzester Frist wieder geschehen kann.

In den Zeiten vor der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft gab es allerdings solche Kundgebung des Gemeinschaftssinnes noch nicht. Damals waren die Löhne höher, die Preise niedriger, es gab keinen Fleisch- und Buttermangel, und es gab Margarine und amerikanisches Schweineschmalz in beliebigen Mengen zu weniger als einem Drittel der heutigen Preise. Es waren die »Jahre der Schmach« . . .

Die »kürzeste Frist« aber, in der es — welcher Triumph des Hitlersystems — keine Verordnung über fleischlose Tage mehr geben wird, wird auf sich warten lassen. Denn alle bisherigen Maßnahmen — und es vergeht seit Wochen kein Tag, an dem nicht neue Maßregeln getroffen oder angekündigt werden — sind entweder völlig unzureichend oder vermehren nur das Uebel — und breiten es weiter und weiter. Daß die Herstellung von Schlagsahne um 40 Prozent im Interesse der Butterversorgung verringert werden soll, ist angesichts der Mengen, die zur ausreichenden Versorgung fehlen, selbst wenn die Durchführung kontrollierbar wäre, ohne jede Bedeutung und nur ein demagogisches Mätzchen. Die eben verordnete Verringerung der Erzeugung von Kondensmilch beweist nur, daß jetzt auch die Sorge um die ausreichende Versorgung mit Frischmilch dringend geworden ist. Die Reduktion der Schweineschlachtungen um 30 Prozent verringert die inländische Fleischversorgung um über eine halbe Million Tonnen jährlich und muß die bestehende Knappheit zunächst außerordentlich verschärfen, um so mehr, da die angekündigte Vermehrung der Schweineinfuhr um ein paar tausend Stück wöchentlich dieser Verminderung gegenüber gar nicht ins Gewicht fällt.

Es handelt sich eben nicht um eine »vorübergehende Erscheinung«, sondern um eine schwere Störung, um eine katastrophale Folge der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik, und nur eine völlige grundstürzende Änderung dieser Politik kann die

Rettung bringen. Die blödsinnigen Zwangseingriffe in die landwirtschaftliche Produktion, der Autarkiewahn und die verrückte Drosselung der Einfuhr haben die agrarische Erzeugung in völlige Verwirrung gebracht und bedrohen vor allem die bäuerliche Veredelungsproduktion. Der Darré hat eine akute Futtermittelnot erzeugt, die im steigenden Maß die Viehaufzucht gefährdet und die Milch-, Butter-, Fett- und Fleischherstellung verringert. Schon jetzt unmittelbar nach der Ernte ist die Futtermittelknappheit groß. »Das Sparen bei den Futtermitteln«, berichtet die »Frankfurter Zeitung«, »beginnt also diesmal noch früher als im letzten Jahr.« »Am Markt war Futtergetreide trotz lebhafter Nachfrage gerade so wie im Vorjahr kaum verfügbar. Alle wertvollen Futtermittel sind ständig stark gefragt, und zum Teil recht teuer geworden. Selbst Kartoffelflocken zeigen seit längerem eine festere Haltung.

Diese Futtermittelnot, die gerade die

bäuerlichen Betriebe auf das Härteste trifft, während sie die Getreide- und Futtermittel verkaufenden Großlandwirte begünstigt, ist die Wurzel des Übels. Ihre Beseitigung erfordert die sofortige Steigerung der Einfuhr. Dafür müssen die nötigen Devisen von Schacht bereit gestellt werden. Sie sind vorhanden, wenn das wahn-sinnige Aufrüstungstempo verlangsamt wird. Es ist nicht notwendig, daß deutsche Menschen hungern, damit Hitler seinen Krieg haben kann. Die deutsche Aufrüstung ist nicht nur eine ständige Bedrohung des Friedens, sie ist zur Hungerdrohung gegen das deutsche Volk geworden. Soll der stetigen Verschlechterung der Lebenshaltung der Massen Einhalt geboten werden, dann müssen Devisen her für Lebensmittel; dann muß die Handelspolitik der Narren und Ignoranten, in deren Händen sie heute ist, wieder den Bedürfnissen des deutschen Vol-

kes angepaßt werden; dann muß vom Ausland die Ergänzung des deutschen Lebensmittelbedarfs beschafft werden, damit das Ausland wieder deutsche Industriewaren kaufen kann, die Arbeitslosigkeit unserer Exportarbeiter beseitigt, und die nötigen Devisen zur Bezahlung der Einfuhr wieder da sind, wie sie immer vor Hitler da waren. Dazu muß dem entfesselten Militarismus Einhalt getan werden, der auf der immer fortschreitenden Verelendung des Volkes, auf dem Ruin seiner Wirtschaft hochgezüchtet wird.

So wirft die Fleisch- und Butterknappheit alle Fragen der Politik auf und es zeigt sich der Zusammenhang, der zwischen den primitiven Bedürfnissen des täglichen Lebens und den großen Problemen von Freiheit oder Diktatur besteht. Es ist Zeit, daß das deutsche Volk zu begreifen versteht, daß nur nach der Eroberung der Freiheit die deutsche Wirtschaft wieder gesunden, das deutsche Volk wieder im wachsenden Wohlstand und gesichertem Frieden leben kann. Denn Buttermangel und Freiheitsmangel — sie stehen wahrlich im engsten Zusammenhang! Dr. Richard Kern.

Der Raubzug des Großkapitals

Die Großindustrie, die mit der Aufrüstung alle Hände voll zu tun hat, verfügt zur Zeit über eine solche Geldfülle, daß sie alle Not hat, sie unterzubringen. Die Gelegenheit wäre jetzt günstig, damit die wachsende Flut der Arbeitsbeschaffungswechsel zu stauen, an Stelle der Sparer die Rüstungsgewinnler auf dem Altar der Schuldenwirtschaft des Dritten Reiches opfern zu lassen. Zwar würde damit auch nur eine Art von Schuldteilen durch eine andere abgelöst, und im Grunde ist die Methode, Anleihen mit Arbeitswechseln bezahlen zu lassen, eine doppelte Mogelei, erstens weil die Zeichnung der Anleihen nicht freiwillig erfolgt, sondern den Sparkassen usw. aufzuerzungen ist, zweitens weil die Anleihen diese Bezeichnung ebensowenig verdienen, wie die Arbeitsbeschaffungswechsel echte Wechsel sind. Die Anleihen dürfen nicht zu Geld gemacht werden, sind also für die Sparinstitute totes Kapital, keine Kapitalanlage, sondern Kapitalverlust. Die Arbeitsbeschaffungswechsel sind keine wirkliche kurzfristige Wechselschuld, weil die Lieferanten zugleich mit dem in drei Monaten fälligen Wechseln vier weitere, auf den gleichen Betrag lautende Wechsel in Empfang nehmen müssen, die die fällig gewordenen abzulösen bestimmt sind. Es wird also, beim Austausch von Arbeitsbeschaffungswechseln gegen Anleihen nicht eine kurzfristige durch eine langfristige, sondern nur eine langfristige durch eine noch längerfristige Schuld ersetzt. Die Operation hat wesentlich den Zweck, den Raub an den Sparern durch den Schein einer soliden Anlage zu verschleiern und die Rüstungsindustrie zwar an der Schuldenwirtschaft verdienen zu lassen, aber von ihrem Risiko fernzuhalten.

Schacht sorgt aber nicht nur dafür, daß die Rüstungsindustrie davon verschont bleibt, Gläubiger des Dritten Reiches zu werden, sondern es verschafft ihr auch die Gelegenheit zu einer soliden Geldanlage, als es die Schuldtitel des Dritten Reiches sind. Ein Beweis, für wie wenig solide er seine eigenen Finanzmethoden ansieht. So verrät die »Frankfurter Zeitung«, daß das neue, in seinen Grundzügen bereits feststehende Aktienrecht, das die Kleinaktionäre zwingt, ihren Besitz zu entäußern, den Zweck hat, dem Anlagebedürfnis der Großindustrie Genüge zu tun, ihnen zu diesem Behufe die Kleinaktionäre zum Fraß anzuliefern und damit die Herrschaft über Industriebetriebe billig in die Hände zu spielen. Sie stellt fest, daß »da und dort wieder Ansätze zu neuen Konzentrationen zu beobachten sind, und bemerkt dazu:

»Zur allgemeinen Ermunterung der Konzerne durch die obwaltenden Tendenzen bei der Neugestaltung des Aktienrechts, die solchen Ansätzen Pate gestanden haben mag, waren die Motive entweder im Anlagebedürfnis liquider Konzerne oder im Abstoßungswunsch von Paketbesitzern zu suchen.«

Auch die Inflation schuf die Gelegenheit für die Konzernkönige, sich fast ohne Geld eine ungeheure Fülle wirtschaftlicher Macht zu verschaffen. Aber die gewaltige Eigentumsverschiebung, die damals auf Kosten des Rentenkapitals und zugunsten einiger weniger Kapitalmagnaten vor sich ging, geschah hinter dem Rücken des Staates, heute geschieht sie mit seiner ausdrücklichen Förderung. Die Großkonzerne haben in weiser Vorahnung, welche Machtfülle ihnen von Schacht in die Hand gespielt würde, mit dem Aufkauf von Beteiligungen begonnen, bevor noch das neue Aktienrecht Gesetz geworden

ist. Auch die neue Konzentrationswelle gemahnt wie so manches andere an die unselige Zeit der Inflation. Auch damals war auf dem Markt industrielle Macht so gut wie umsonst und für das Volk Fett oft auch nicht zu hohen Preisen zu haben.

Es ist garnicht wenig, was sich da bereits in wenigen Wochen an industrieller Monopolmacht zusammengeballt hat. Die Süddeutsche Zucker A. G. hat sich einer Reihe Schlessischer Zuckerfabriken angegliedert. Ein neuer großer Waggonkonzern bildete sich durch gegenseitige Beteiligung der Werke Talbot, Uerdingen und Düsseldorf. Der Siemens-Konzern konnte in besonders reichlichem Maße von der ihm durch Schacht gebotenen Gelegenheit profitieren. Im Oktober erwarb er kurz hintereinander durch seine Tochtergesellschaft, die Elektrische Licht- und Kraftanlage A. G., die Aktienmehrheit der Kabelfabrik Dr. Cassirer und der im Besitz der Familie Aron befindlichen Rundfunkapparatfabrik Hellowatt-Werke. Die größte deutsche Spezialfabrik für Büromaschinen, die Adrema Maschinenbau G. m. b. H., die

zu 80 Prozent Jakob Goldschmidt gehört hatte, ist von der Mercedes-Büromaschinen-Werk A. G. erworben worden. Die Eingliederung der Hirsch-Kupfer- und Messing-Werke A. G. in den der A. E. G. nahestehenden Gasföhren-Konzern ist zwar noch nicht erfolgt, aber so gut wie vollzogen.

In dieser Liste fällt die Fülle der Namen jüdischer Besitzer großer Aktienpakete auf. Man ahnt, aus welchem Grunde Herr Schacht sich in Nürnberg an die Spitze des dort verkündeten neuen Pogromfeldzuges gestellt hat. Die Gleichzeitigkeit der Kundmachung des neuen Aktienrechts und der Nürnberger Judengesetze ist kein Zufall. In beiden Fällen handelt es sich um nackten Raub, in beiden Fällen ist der Zweck, den Konzernkönigen nicht nur zu einem profitablen Weg der Flucht in die Sachwerte zu verhelfen, sondern auch jetzt schon vorzusorgen, daß am Ende der »Staatskonjunktur« über genügend Monopolmacht verfügen, ihre Folgen auf die Masse des Volkes abzurwälzen.

G. A. Frey.

Nicht einmal versorgen können sie! Der Zusammenbruch der Ernährung.

Aus Sachsen wird uns berichtet: Das jetzt zum Verkauf gelangende Fett ist von ganz geringer Qualität. Es ist stark mit Talg durchsetzt. Und auch dieses »Fett« wird nur viertelpfundweise abgegeben. Wer beim Fleischer Speck kaufen will, erhält nur als guter Kunde ein viertel Pfund und unter der Bedingung, daß er noch Fleisch kauft! In Dresden-Neustadt entstand vor einer Verkaufsstelle des Göritzer Waren-Einkaufs-Vereins ein Tumult unter den Wartenden. Sie vermuteten, daß »gute Kunden« mehr Butter als ein viertel Pfund erhielten und drängten alle in den Laden. Das Ueberfallkommando machte nach anfänglichem guten Zureden von dem Gummiknäuel Gebrauch und räumte das Geschäft.

Das gleiche spielte sich in Dresden-Pieschen in einer Verkaufsstelle der Vereinigten Pommerschen Metzereien ab.

Ein Buttergeschäftsinhaber in Dresden-Neustadt wurde verhaftet wegen Ueberschreitung der Höchstpreise.

Die Wurst wird bei gleichen Preisen von immer geringerer Qualität. Die Fleischer sagen selbst, sie müßten alles Mögliche verarbeiten, um nur was verkaufen zu können. In den Schaufenstern liegen meistens nur Atrappen und Pflanzen!

Die sogenannte Volksmarmelade kostete in Dresden im August 32 Pfennige pro Pfund. Jetzt muß dafür 45 Pfennige gezahlt werden. Margarine kostet jetzt pro Pfundwürfel 70 bis 120 Pfennige. Die billige Margarine gibt es aber nur in Mengen von einem halben Pfunde wöchentlich, das heißt richtig: soll es geben, denn meistens gibt es keine!

In den Fleischverteilungsstellen des Konsumvereines Vorwärts gibt es jetzt Schweinefleisch überhaupt nicht mehr, sondern nur geringe Mengen Rindfleisch. Das Kilo Kochfleisch kostet dort RM 2.40. Auch Speck gibt es nicht.

Die Drema (Dresdner Milchversorgung-Anstalt) soll nach Eröffnung des städtischen Milchhofes aufgelöst werden. Alle Angestellten sind jetzt

bereits vorsorglich gekündigt und neu auf Aushilfe eingestellt worden. Filialen dieser Firma, die früher täglich 250 bis 300 Stück Butter umgesetzt hatten, erhalten jetzt nur unter größten Schwierigkeiten 15 bis 30 Stück pro Tag, die an bevorzugte Kunden abgegeben werden. Das Stück Butter kostet 75 bis 90 Pfg. (Ein halbes Pfund.)

Spott und Hohn

Statt Fett und Fleisch.

Seiten sind die Lügenmethoden des Dritten Reiches so offenbar geworden wie jetzt, wo es an allen Ecken und Enden an Nahrungsmitteln fehlt. Liest man die Nazipresse, so stößt man auf folgende Gedankengänge:

Das Dritte Reich ist das Ordnungsland Europas. Es ist die stille friedliche Insel, während ringsum alles drunter und drüber geht. Im Dritten Reich herrscht die Volksgemeinschaft. Arme und Reiche helfen einander in uneigennütziger Weise, es gibt keine Klassenunterschiede mehr, die Kapitalisten sind Sozialisten geworden und singen, Schulter an Schulter mit ihren Arbeitern, das Horst-Wessel-Lied: »Die Fahne hoch, die Reihen fest geschlossen!« Es gibt auch keine Teuerung im Dritten Reich. Die gibt es nur in den anderen Ländern. In den nationalsozialistischen Blättern kann man lesen, daß in Estland Angstkäufe getätigt werden, daß es in Wien an Schweinefleisch und Fett fehlt, daß in Amsterdam die Bevölkerung aus Furcht vor Preissteigerungen infolge des Krieges in Abessinien zu hamstern beginnt. Jetzt hat man in der »Morning Post« die Notiz entdeckt, daß der Butterpreis in London auf 1 Schilling 1 Penny gestiegen sei. Die ganze Presse des Dritten Reiches verkündet, daß — in England Butterknappheit herrsche!

Rechnet man den Londoner Butterpreis auf deutsche Währung um, so stellt man fest, daß in London ein Pfund Butter 65 Pfennige kostet gegen 1,60 Mark in Berlin. Ähnlich steht es mit allen anderen Behauptungen. Göbbels Lügenfabrik arbeitet mit Hochdruck

Diktatur der Deklassierten

Konrad Heidens Hitlerbuch

In seinem neuen Buch »Hitler, das Leben eines Diktators« (erschienen im Europa-Verlag, Zürich), erzählt Konrad Heiden auf viereinhalbhundert Seiten die Geschichte, wie man Diktator von Deutschland wird. Ein zum Menschen Untauglicher, ein großer Minderwertiger, wächst durch mancherlei Verpuppungen und Entfaltungen zum »deutschen Dämon« empor. Eine Gestalt aus den Nachtasylen Wiens, ein Münchner Bohemien, der den Weltkrieg als die Erlösung von einem verpfuschten Dasein betrachtet, ein radau-antisemitischer Wanderprediger der Münchner Spelunken verwandelt sich stufenweise zum bejubelten Versammlungsredner, Liebling der Massen, Parteiführer, Reichskanzler, Reichsoberhaupt, Ueberkaiser, Gottgesandten, vielleicht selber Gott. Deutschland liegt ihm zu Füßen, indes der Rauch des Reichstagsbrandes zum Himmel steigt und das Blut gemordeter Feinde und Freunde in Bächen dahinfließt.

Heiden entblättert die Legende. Er zeigt uns die geheimen Tricks des großen Taschenspielers, den die unwissende Menge als echten Zauberer bewundert. Er schildert ihn zu diesem Zweck ausführlicher und sorgfältiger, man könnte fast sagen liebevoller als irgend einer seiner Hofbiographen es getan hat. Er klettert in die geheimsten Abgründe dieser sonderbaren Menschenseele und beleuchtet sie mit der modernsten Apparatur. Er findet sie »tief zerrissen gegen sich selbst schwach und mißtrauisch« aber triebhaft, von inneren Stimmen beherrscht. Hitler ist so abergläubisch, daß er sogar an sich selber glaubt.

Heiden verliert sich jedoch nicht in psychologischen Analysen. Er versucht auch eine Antwort auf die Frage zu finden, die uns alle am meisten interessiert, die Frage, wie eine so geartete Persönlichkeit sich zum unbeschränkten Beherrscher des deutschen Volkes aufwerfen konnte.

Heidens Antwort lautet: Hitler ist ein Deklassierter und Repräsentant der Deklassierten aller Klassen. Die Männer, die er um sich geschart hat, sind Deklassierte, die Anhänger, die ihm zu Millionen nachgelaufen sind, sind Deklassierte. »Die Deklassierten aller Klassen, repräsentiert in den sieben bis acht Millionen Erwerbsloser, sind sein Meer und eine Handvoll unheimlicher Freibeuter die Besatzung seines Schiffes. Der Abfall aller Klassen sammelt sich als Kern der Bewegung und erhebt sich zum Herrn des Staates.«

Man erkennt in der Tat einen Teil der Wahrheit, wenn man die Dinge so sieht, aber bellebe nicht die ganze. Es ist nicht so, daß die Kompliziertheit der modernen Klassenkämpfe durch eine Deklassiertenbewegung abgelöst worden ist, die alle Klassen sozusagen über den Kopf gekommen wäre. Es geht nicht an, um dieser Vereinfachung willen, alle Erwerbslosen in das Schema des Deklassiertentums zu pressen, und es ist schon ganz und gar unmöglich, die Bauern, die zum Siege Hitlers so viel beigetragen haben, den Deklassierten zuzurechnen.

Immerhin empfindet man es als eine angenehme Abwechslung, daß Heiden nicht wie andere hinter allem Unheil die schwarze Hand der Reichswehr oder der Schwerindustrie sieht. Aber wo andere überschätzen, ist Heiden geneigt, zu unterschätzen. Er sieht ein »müdes Proletariat« auf der einen Seite, einen »müden Kapitalismus« auf der anderen, zwischen denen sich der wilde Strom der Deklassiertenbewegung hindurch drängt. Hitler hätte aber nie werden können was er ist, wenn ihn nicht gewisse Kapitalistenkreise als ihren Preisfechter gegen das Proletariat betrachtet hätten. Die siegreichen Deklassierten haben ja nicht nur gemordet und geplündert, sie haben auch alle politischen und sozialen Rechte der arbeitenden Massen vernichtet. Mit dem Verbot der marxistischen Propaganda, der Unterdrückung der Arbeiterpresse, der Zerschlagung der Gewerkschaften, hat Hitler all das ausgeführt, was die »Kreuz-Zeitung« der Junker und die »Post« der Schwerindustriellen Scharfmacher von Wilhelm II. vergeblich gefordert hatten.

Die Tatsache der Deklassiertenherrschaft steht nur scheinbar im Gegensatz zu der anderen nicht minder unbestreitbaren Tatsache, daß mit Hitler der reaktionärste Teil der alten Oberschicht über alle anderen Teile und über das Proletariat gesiegt hat. Was jener reaktionärste Teil der alten Oberschicht von einem »starken Monarchen« vergeblich erwartete, konnte ihm nach den Sturz der Monarchie nur ein Diktator geben, den die Hurrakanalle zur Macht emporgetragen hatte. Innerhalb des re-

deutsche Revolution verraten haben soll. Jeder Diener der Reichskanzlei wußte, daß seit Kriegsbeginn, wie ganz selbstverständlich, ein direkter Draht zur Obersten Heeresleitung bestand. Da sich Hindenburg für die Demobilisierung zur Verfügung gestellt hatte, war es selbstverständlich, daß die Reichskanzlei weiter mit der Obersten Heeresleitung telefonisch in Verbindung stand. Es ist auch falsch, daß die Arbeiterbewegung, wie es bei Heiden scheint, damals schon in mehrere fast gleich große Teile zerfiel. Ebert hatte

stellt, und daß sich eben jetzt in der Größe ihres Verlustes die Größe der Niederlage spiegelt, die sie erlitten hat.

Man kann zur deutschen Gegenwart nicht das richtige Verhältnis gewinnen, wenn man der jüngsten deutschen Vergangenheit nicht gerecht zu werden versteht, und man soll nicht glauben, daß es noch besonderer Beschwörungsformeln bedarf, um ihre Wiederkehr zu verhindern. Die Vergangenheit kehrt — obwohl jeder verständige und vernünftige Deutsche glücklich sein müßte, wenn er sie mit der Gegenwart vertauschen könnte, — nicht mehr zurück, aber irgendwie wird eine bessere Zukunft an sie anknüpfen müssen. So wie sich in der Hitlerdiktatur die asiatische Despotie, das Feudalsystem und die absolutistische Reaktion der Zeit nach 1848 rekapitulieren, so wird die Bewegung, die Hitler überwinden wird, die Linie weiter führen, die über die große französische Revolution und das Frankfurter Parlament des allgemeinen Wahlrechts zur Verfassung von Weimar geführt hat: die große Linie, auf der erst das Bürgertum, dann, sich von ihm lösend, die Arbeiterklasse den Zielen einer freien Menschheit entgegenmarchiert ist.

Das ist für jeden, der ernstlich kämpfen will, die erste notwendige Erkenntnis. Nur sie gibt den sicheren Standpunkt, von dem aus die Welt Hitlers aus den Angeln gehoben werden kann.

Friedrich Stampfer.

»Wir« haben genug Fett!



aktionären Massenblocks, der in Deutschland schon immer bestanden hat, haben sich die Kräfte verschoben; der stumpfe Haufen, der hinter den herrschenden Minderheiten herlief, ist in seinem Selbstbewußtsein erhöht und in seiner Aktivität gestärkt. Demokratisierung konnte innerhalb dieses Blocks nur Verpöbelung bedeuten. So wurde der Führer des Pöbels zum Despoten.

Heiden ist in seine Deklassiertentheorie so verliebt, daß er diese Zusammenhänge nicht klar genug sieht. Hätte er sie besser erkannt, so würde er auch der Arbeiterbewegung mehr Gerechtigkeit widerfahren lassen, und er wäre nicht der üblen Literaturgewohnheit verfallen, über alles, was mit der Arbeiterbewegung zusammenhängt, oberflächlich und überheblich abzuurteilen. Man kann nicht so Geschichte schreiben, daß man die Kommunisten als angenehme Wirrköpfe, die Sozialdemokraten aber als greuliche Verräter behandelt. Das heißt die tragischen Konflikte verkennen, die die Arbeiterbewegung seit Jahrzehnten zerrissen und schließlich zur Hauptursache ihres Zusammenbruchs wurden.

Es wirkt beispielsweise im Rahmen dieses Buches geradezu grotesk, wenn Heiden noch einmal die Kindergeschichte von Eberts geheimer Telefonleitung zu den Generalen erzählt, mit deren Hilfe er die

die große Mehrheit der alten Arbeiterbewegung hinter sich; daß diese Mehrheit nicht aus sich selber die Kraft entwickelte, den Durchbruch der amorphen Massen abzuwehren, ist ihre tragische Schuld. Da ihr diese Kraft fehlte, war die Zuflucht zu den Resten der alten Armee unvermeidlich, wenn man die völlige Vernichtung des geschlagenen Reiches und das Hungersterben von Millionen verhindern wollte. Sie verhindert zu haben, ist Eberts Verdienst.

So sehr unsere meist ziemlich unpolitischen Emigranten-Literaten Hitler bekämpfen, in einem Punkt bleiben sie doch seine Bundesgenossen; sie beten immer wieder seine Litanei von den 14 Jahren der Schmach nach. Sie fühlen sich ungeheuer großartig, wenn sie ihre geistige und moralische Ueberlegenheit über die Politiker der Republik auf dem geduldrigen Papier spazieren führen können, und sie bedenken nicht, daß die Verunglimpfung, die sie jenen Männern zuteil werden lassen, sich praktisch als eine Unterstützung der nationalsozialistischen Kotpropaganda auswirken muß. Diese Emigranten-Literaten erkennen nicht, was die alten Klassenkämpfer der Arbeiterbewegung in Deutschland selbst längst klar erkannt haben, daß die Republik von Weimar mit all ihren Mängeln für die kämpfende Arbeiterklasse immer doch den Höhepunkt ihrer bisherigen Erfolge dar-

Verfemte Kunst

Paula Modersohn-Becker im Verließ.

In den letzten Oktobertagen ging diese Notiz durch die Zeitungen: »Der bekannte Bremer Großkaufmann und Besitzer der Hag-Kaffee-Werke, Generalkonsul Roselius, hat eine Ausstellung von Werken der Malerin Paula Modersohn-Becker veranstaltet, und zwar von Gemälden aus seinem Privatbesitz. Die Bilder sind von nationalsozialistischer Seite in der Öffentlichkeit aber angegriffen worden und Roselius hat sich daraufhin veranlaßt gesehen, jetzt nach Schluß der Ausstellung zur Kenntnis zu geben, daß diese Bilder auch in seinem Privathause niemand mehr gezeigt werden sollen.«

Man darf sich nicht nur der Bilder dieser eigenartigen und eigenwilligen Künstlerin erinnern, man muß auch ihre Briefe und Tagebuchblätter zur Hand nehmen, um zu ermessen, welchen barbarischen Händen im Dritten Reiche das Gut deutscher Kunst ausgeliefert ist. Denn gerade für Paula Modersohn-Becker sind die verächtlichen Prangerworte von »undeutscher Kunst«, von »Asphaltkunst« und wie die Zuchtmeister sonst noch »unerwünschter« künstlerische Schöpfungen beschimpfen mögen, durchaus nicht göltig. Paula Modersohn-Becker war in ihrem menschlichen Gepräge und in ihrer künstlerischen Leistung so durch und durch deutsch wie nur denkbar. Als Tochter einer konservativen Beamtenfamilie in Dresden geboren, in Bremen aufgewachsen, gedieh sie nach ihrer Ausbildung in Berlin zur künstlerischen Reife im stillen Kreise der Worpaweder, der Mackensen, Vogeler, Vinnen, Overbeck und Modersohn. So eng verbunden war sie mit dieser Welt, daß sie als Fünfundzwanzigjährige die Gattin Otto Modersohns wurde und an seiner Seite einige Jahre des Glücks in menschlicher und künstlerischer Gemeinschaft verlebte hat — bis zu ihrem frühen Tode. Die herbe Landschaft der Heide hat sie geliebt mit allen Fasern ihres Herzens, mit tiefer Innerlichkeit, mit der starken Unmittelbarkeit des Gefühls, die ihr eigen war, und mit ihrer empfänglichen Liebe zur Natur.

So abgeschlossen und fest in sich beruhend Paula Modersohn-Becker schon in früher Mädchenjugend als Mensch war, so schwer reifte sie als Künstlerin, weil sie von sich die höchste Leistung forderte. Und wenn es als deutsch gilt, eine Sache um ihrer selbst willen zu tun, so war Paula Modersohn-Becker gerade darin kerndeutsch. Immer wieder klingt das aus ihren Briefen: »Ich liebe die Kunst. Ich diene ihr auf den Knien und sie muß die meine werden.« Ihr ganzes Streben unterstellt sie dem selbstgegebenen Gebot, sich mit dem ganzen Sein »der einen ureinzigen Sache zu widmen.«

In ihrem ganzen Empfinden war sie so

Das Rote Kreuz - braun lackiert

Deutsch, daß es selbst die nationalsozialistischen Bilderstürmer aus ihren Briefen befreien müßten, wenn sie es schon nicht vor ihren Bildern fühlen. Klingt es ihnen nicht wie ein Bekenntnis, wenn sie in einem Briefe der Künstlerin aus Paris lesen: »Bisher fühlte ich nur unsere Fehler deutsch, aber jetzt spüre ich mit aller Macht alles, was wir haben und das macht mich stolz.«

Frellich — die verschlossenen, schwerblütigen Menschen ihrer Worpeweder Heimat hat sie weder verniedlicht noch heroisiert. Die hat sie gemalt, wie sie sie sah: herb, karg, dumpf, schwer, einfältig und wahr, einzig ihrem künstlerischen Empfinden folgend. Die Kunstbauern des Dritten Reiches verfeinen die herbe Sprache ihrer Bilder als »undeutsche«, vielleicht als revolutionär — darum werden ihre Bilder jetzt verbannt.

In ihrem Streben nach Vollendung war Paula Modersohn-Becker unerbittlich — auch gegen sich selbst. Das selbstgebotene »Ich muß!« war so stark, daß sie, die so tief empfand, wie eng Verstand und Gefühl in ihrem Wesen verschwätet waren, nach schweren inneren Kämpfen sich von ihrem Gatten trennte, als ihr künstlerisches Gewissen sie ihren eigenen Weg zu gehen zwang. Sich zu vollenden — das war ihr Streben, getragen von eigenem stolzen und zugleich demütigen Glauben an die eigene Sendung.

Gleich stark war ihr freudiger Drang zum Leben. Ihre Briefe strömen über von glückseliger Lebensbejahung. Und unmittelbar daneben steht dunkel und tragisch ihr Wissen um einen frühen Tod. Als glückliche Braut schreibt sie in ihr Tagebuch: »Ich weiß, ich werde nicht sehr lange leben. Aber ist denn das traurig? Ist ein Fest schöner, weil es länger ist?« Sie denkt an Bilder »mit dem Tod darauf« und auf dem gleichen Blatt steht der Satz: »Mit mir wird es auch wohl nicht mehr lange dauern.« Als junge Gattin, im ersten Jahre ihrer Ehe, schreibt sie nieder, wie sie sich ihr Grab wünscht. Und es ist ergreifend, wie sich in ihren Aufzeichnungen Lebensfreude, Todesahnung und Sehnsucht nach Mutterschaft berühren: »Und dann fängt es menschlich an mir zu tagen. Ich werde Weib. Das Kind beginnt das Leben zu erkennen, den Endzweck des Weibes, und harret seiner Erfüllung. Und es wird schön werden, wundervoll« — liest ein von der Bestimmung des Weibes schwitzender Göbbels nicht beschämt dieses Tagebuchblatt einer Frau, deren künstlerische Hinterlassenschaft im Bereiche seiner Macht der Schmähung und Verbannung verfallt?

»Und es wird schön werden, wundervoll...« Es wurde wundervoll. Und es war das Ende. In der Zeit der Trennung von ihrem Gatten findet Paula Modersohn-Becker die ersehnte künstlerische Vollendung. Die Wiedervereinigung schenkt ihr die ersehnte Mutterschaft — im sechsten Jahre ihrer Ehe. Und die Mutterschaft bringt ihr den Tod. Sie gibt einem Kinde das Leben — neunzehn Tage darauf, am 21. November 1907, stirbt sie, einunddreißig Jahre alt. Sie saß, soeben erst aufgestanden, im Stuhle bei Kerzenlicht, der Gatte stand an ihrer Seite. »Es ist beinahe wie Weihnachten«, sagt sie

Nun ist auch das deutsche Rote Kreuz von dem großen braunen Moloch verschluckt worden. Hitler hat es zum »Glieder der Bewegung«, zum Träger des Hoheitszeichens ernannt und hat es damit seines Sinnes beraubt. Das Rote Kreuz galt bisher als internationale Hilfsvereinigung, die allen Kranken und Verwundeten ohne Ansehen der Nationalität, des Glaubens, der Rasse und des Standes ihre Obseege angebotene ließ. Dafür ist die Fahne, die das Samariterzeichen trägt, im Kriegsfall unverletzlich, alle Plätze, über denen sie weht, stehen unter völkerrechtlichem Schutz.

Nun da das deutsche Rote Kreuz eine Unterabteilung der nationalsozialistischen Partei geworden ist, erscheint es aus mehr als einem Grunde zweifelhaft, ob jene Bedingungen weiterhin erfüllt sind, die den internationalen Schutz und die internationale Unterstützung rechtfertigen. Klänge es zum Kriege, so würden z. B. in den Armeen, die gegen Deutschland stünden, auch Juden kämpfen. Glaubt irgendjemand im Ernst, daß sie als Gefangene im nationalsozialistischen Parteilazarett auch nur die notdürftigste Pflege fänden? Aber nicht nur den Juden, auch den »vernegerten« Franzosen geschähe wahrscheinlich mehr Schaden als Heil. Damit ist der Vertrag einseitig geworden: auf das deutsche Rote Kreuz darf ebensowenig geschossen werden wie auf die gleichnamigen Vereinigungen der anderen Staaten, aber der unbestechliche, von Rassenfragen nicht berührte Dienst am Verwundeten wird auf deutscher Seite in eine parteiische, durch tödlichen Rassenhaß entwertete Cliquenangelegenheit verkehrt. Welcher Grund bestünde für die Nationalsozialisten, jenes »eiserne Gesetz von der Ungleichheit der Menschheit«, das sie in ihren Versammlungen predigen, gerade im Kriegsfall abzuschwören?

Sogar im eigenen Haus scheinen sich Widersprüche geregt zu haben. Die alten Mit-

glieder des Roten Kreuzes können wohl doch ihre eigentliche Aufgabe nicht so rasch vergessen, denn ihr neuer Präsident, SA-Obergruppenführer Herzog Karl Eduard von Coburg, hat es für nötig befunden, allen Widerständigen eine deutliche Warnung zu erteilen. Er sagte bei einer Besichtigungsfahrt in Pommern:

»Das Rote Kreuz gehört zu einem starken Schwert und zu einer starken Wehr. In unserem Roten Kreuz steckt manchmal zuviel Vereinsgeist und zu wenig Soldatisches.«

Der »Vereinsgeist« — das ist der Geist des barmherzigen Samariters. Wir zweifeln nicht daran, daß es dem totalen Staat gelingen wird, ihn auszurotten.

Sind die Germanen Juden?

Der Reichsarbeitsführer Hierl hat dieser Tage an die scheidenden Arbeitsdienstmänner über den Deutschlandsender eine Ansprache gerichtet, worin der Satz vorkommt: »Laßt Euch nie wieder von der jüdischen Auffassung vergiften, daß die Arbeit ein notwendiges Uebel sei! Die Aufdeckung dieser neuen jüdischen Schändlichkeit ist geeignet, einen schwarzen Verdacht hervorzurufen. Tacitus, der doch (unbekannterweise) bei den Nazi seiner Verberrlichung der Germanen wegen in hohem Ansehen steht, sagt nämlich in seiner Germania (1415):

»Von ihres Häuptlings Freigebigkeit verlangen die Germanen ihr Streutroß (Anmerkung: heute finden die Häuptlinge das Nehmen seliger als das Geben); statt des Soldes gelten als natürlich Schmausereien und wenn auch einfache, doch reichliche Bewirtung. Mittel zu solchem Aufwand bieten nur Kriege und Raub, und nicht so leicht möchte man die Germanen dazu überreden, das Land zu pflügen oder den Ertrag des Jahres abzurufen, als den Feld herauszufordern und sich Wunden zu verdienen. Ja, es scheint ihnen sogar faul und träge,

sich mit Schweiß das zu erwerben, was man doch mit Blut gewinnen kann. So oft sie nicht in den Krieg ziehen, bringen sie viel Zeit mit Jagen, mehr aber noch im Müßiggang dahin, dem Schlafen und Essen ergeben, die Tapfersten gerade und Kriegslustigsten ganz unbeschäftigt. Die Sorge für das Haus, für die Penaten und die Felder überlassen sie den Frauen, den Greisen und überhaupt den Schwächsten in der Familie; sie selbst leben in den Tag hinein, in sonderbarem Widerspruch ihrer Natur, da dieselben Menschen so sehr die Trägheit lieben und die Ruhe haszen.«

Sollte sich etwa, danach Hierl die Abneigung gegen die Arbeit eine jüdische Eigentümlichkeit ist, an den alten Germanen gerichtet haben, daß weder ein Streicher noch ein Anstreicher da war, die sie durch weise Gesetze vor der Vermischung mit den Juden bewahrten, sollten sie schon damals einen kräftigen Einschlag jüdischen Blutes gehabt haben? Zum Glück ist diese Besorgnis unbegründet. Die Juden können einmal ausnahmsweise an einem Uebel, nämlich der Scheu der Germanen vor friedlicher körperlicher Betätigung, nicht die Schuld tragen, denn sie folgten dem mosaischen Gesetz, das ihnen vorschrieb, sechs Tage in der Woche zu arbeiten. Auch lesen wir in Psalm 104 (23): »So geht dann der Mensch an seine Arbeit und an sein Ackerwerk, bis an den Abend,« ferner in den Sprüchen Salomonis 6 (6): »Gehe hin zur Ameise, du Fauler, siehe ihre Weise an und lerne«, so wie ebenda 23 (20-21): »Sei nicht unter den Säufern und Schlemmern, denn die Säufer und Schlemmer verarmen und ein Säufer muß zerrissene Kleider tragen.«

Wenn Herr Hierl der Kontrolle halber diese Stellen nachschlägt, wird er unter den Vorschriften Moses' auch eine finden, die lautet: »Du sollst kein falsches Zeugnis reden wider deinen Nächsten!« Wir empfehlen ihm, sie zu beachten.

glücklich lächelnd. »Ach, wie freue ich mich! Wie freue ich mich! Und plötzlich röchelt sie. Leise sagt sie: »Wie schade!« Und stirbt... Gereift als Künstlerin, als Mensch, als Gattin und Mutter, eine Frühvollendete.

Auf acht Jahre ihres kurzen Lebens ist ihr künstlerisches Werk zusammengedrängt. Es bestand unbekannt, unerkant. Ihr Gatte, Otto Modersohn, den sie künstlerisch übertrug, schrieb in sein vor ihr verschlossenes Tagebuch: »Sie ist eine echte Künstlerin, wie es wenige gibt in der Welt, sie sagt etwas ganz Seltenes. Keiner kennt sie, keiner schätzt sie. Das wird einmal anders werden.«

Es wurde anders — nach ihrem Tode. Sie wurde berühmt. Ihre Bilder wurden um Summen verkauft, von denen eine einzige sie glücklich gemacht hätte — nicht als Geld, aber als Anerkennung ihrer künstlerischen Leistung. Der millionenschwere Bremer Großindustrielle Rosellus zählte nach ihrem Tode zu den Entdeckern ihres künstlerischen Wer-

kes und Wertes; er wurde einer der eifrigsten Sammler ihrer Bilder. Zum Gedächtnis der Künstlerin ließ er in Bremen ein eigenes Paula-Modersohn-Becker-Haus errichten, ein Museum ihrer Kunst. Und dann wurde er einer der ersten und spendabelsten Geldgeber der nationalsozialistischen Partei. Das ist nicht ohne politisch pikante Ironie — auch und nicht zuletzt von seinem Gelde sind die Leute fett geworden, auf deren Befehl er jetzt, willig oder nicht, die Bilder der von ihm so hoch geschätzten Künstlerin verbrennen muß, weil die braunen Bilderstürmer das Werk der Paula Modersohn-Becker nicht gelten lassen.

Aber diese Frau, stark und bedeutend als Künstlerin, prachvoll als Mensch, ergreifend in ihrem Mutterschicksal, wird deutsche Kunst repräsentieren, wenn der blutige Spuk des Dritten Reiches ein vergangenes Schreckenskapitel der deutschen Geschichte geworden sein wird. Das künstlerische Werk der

Paula Modersohn-Becker wird diese Feme-richter überdauern und stolz aus der Verbannung hervorgehen, stolz wie die Schöpferin selber war. Und das ist es wohl, was man ihr nicht verzeiht: den Stolz eines großen und freien Menschen, zu dem sie sich bekannte: »Ich bin nicht an Unterordnung gewöhnt... Mein Stolz ist mein Bestes. Nun kann ich aber nicht Demütigungen ertragen. Dann werde ich ganz lebensmüde. Mein Stolz ist meine Seele.«

Das aber ist eine Sprache, die die Kerkermeister des Dritten Reiches nicht zu ertragen vermögen. Und wie sie Bücher verbrennen, um den Geist zu töten, so fesseln sie auch die Kunst. Da aber Paula Modersohn-Becker schon vor achtundzwanzig Jahren gestorben ist, sie ihr darum nicht das Malen verbieten können, wie sie es Max Liebermann in seinem letzten Lebensjahre verboten haben, so sperren sie doch ihre Bilder ins Verließ.

Manfred.

Um die Teuerung

Wer ist der unglücklichste Mann in Deutschland?

Darée; denn er hat kein Schwein!

Warum ist die Butter so knapp geworden? Die meisten Nazibonzen haben davon so viel auf dem Kopfe.

Wer ist an der Schweineknappheit schuld? Die emigrierten Juden: durch ihre Auswanderung hat der Prozentsatz der Schweinefleisch-Esser in Deutschland zugenommen.

Hier die Gründe des Eiermangels: Unter dem Einfluß der bevölkerungspolitischen Propaganda der Nazis bestehen die Hennen darauf, ihre Eier auszubrüten.

Warum hat das Kalbfleisch aufgeschlagen? Unter den Rindern besteht ein Usus, wonach nur die aller größten Kälber ihre Metzger selber wählen. Bei den Menschen ist das anders.

Vor einiger Zeit hat ein Naziblatt der »gelben, südländischen Zitrone« den Laufpaß erteilt.

Jetzt fehlen auch die Tomaten. Sicher, weil sie treulos sind! Mucki.

Der mißverständene Volkssender

Herr Reichswirtschaftsdiaktor Schacht kam hundemüde aus dem Amt und warf sich in einem seiner Wohnzimmer krachend auf die Couch. Konferenzen, nichts als Konfe-

renzen. Aerger, nichts als Aerger. Die Engländer wollen nichts mehr pumpen, die Amerikaner wollen nichts mehr pumpen, niemand will mehr pumpen. Nur die deutschen Sparkassen pumpen noch, weil sie müssen und weil die leidtragenden Sparer nicht gefragt werden. Aber erstens ist es zu wenig und zweitens ist es — nebbich — Reichsmark. Die deutsche Verschuldung ist in Wahrheit... Hjalmar holte ein Notizbuch aus der Tasche. Zum Teufel! Er warf das Ding in die Ecke und schaltete den neuen Volksempfänger ein, den er gekauft hatte, um den Volksgenossen ein leuchtendes Beispiel zu geben. Tanzmusik hören, am besten Jazz, ausspannen, vergessen!

Der Lautsprecher räusperte sich unständlich und begann dann also zu dröhnen:

»In einer Zeit guter Wirtschaftskonjunktur war es einfach und bequem, zu pumpen und anschreiben zu lassen.«

Hjalmar fuhr in die Höhe und versetzte dem Volksempfänger einen Puff. Der rülpste beleidigt und fuhr dann unbeirrt fort:

»Oftmals hatte man nicht gleich die vollständige Summe zur Hand, die Rechnung blieb also offen. Dann war sie so angewachsen, daß die Bezahlung Schwierigkeiten machte, man ließ daher einen Rest auf Schuldkonto...«

Gottverfluchter Biösdann, miserabler! Herr Schacht schraubte aufgeregt am Wellensucher herum. Aber — wie das so bei Volksempfängern zu gehen pflegt — der Apparat war stärker als er. Eine halbe Minute lang grunzte er wie ein Schwein (»Der Auftrieb von Schweinen auf dem deutschen Viehmarkt hat erheblich abgenommen,« repetierte Hjal-

mar Gehirn gänzlich unaufgefordert), dann bekam der Lautsprecher wieder Luft:

»Es gab keine Möglichkeit mehr, Darlehen zu erhalten, die Kreditunterlage fehlte.«

Der Empfänger hatte sich hörbar erholt.

»Die Einstellung von Arbeitskräften wurde in ihrer aufsteigenden Entwicklung gehemmt, weil das Betriebskapital aufgezehrt war.«

»Aufhören!« brüllte Hjalmar, »Aufhören! Ruhe! Schluß! Raus!« Er glaubte in beginnender Sinnesverwirrung einen Volkerversammlungsredner aus der Judenrepublik vor sich zu haben.

»Die Abkehr vom Pump ist eine große Erziehungsmaßnahme. Voraussetzung für den Erfolg dieser Aktion gegen den Pump ist aber der feste Vorsatz jedes, ausnahmslos jedes einzelnen Volksgenossen...« Das war zu viel. Ein eleganter Herrenschuh, beste Qualität, flog dem Lautsprecher mitten ins Maul. Holz splitterte, eine benachbarte Bronzebüste des Führers gab hohle Laute von sich, der Volksempfänger schluckte noch einmal ärgerlich auf — und dann wurde es still im Zimmer.

Doktor Schacht riß seinen Stehkragen auf, tastete sich mit wankenden Schritten zum Büchertisch und griff nach dem Wochenprogramm für den deutschen Rundfunk. Donnerstag — Donnerstag — richtig! Hier! »Der Präsident der Handwerkskammer, Parteigenosse Magunia, spricht im Reichsender Königsberg zum Feldzug der Kommission für Wirtschaftspolitik und des Reichsstandes des deutschen Handwerks gegen die Pumpwirtschaft.«

Wie denn — das galt gar nicht ihm, dem Schacht? Das galt nur den kleinen deutschen Käufern? Noch etwas verstört, machte der Wirtschaftsdiaktor dem mitgenommenen Volksempfänger eine schlichterme Verbeugung. »In diesem Falle bin ich ganz Ihrer Meinung, mein Herr!« murmelte er verbindlich. Dann griff er in die Westentasche, wo er Beruhigungstabletten für alle Lebenslagen und aller Stärkegrade in Vorrat hielt.

Hugin.

Wieder hundert Tote

Am Eingang der »Woche des Buches« liegen hundert Federn, die von der Liste derer gestrichen wurden, die in Hitlerdeutschland schreiben oder aufgeführt werden dürfen. Die meisten der Entmündigten sind harmlose, unpolitische Leute, wie Karlchen Ettliger, Weltkriegsberichterstatter Rosner, Elisabeth von Castonier, Martha von Zobeltitz, die Tochter des konservativen Romanciers. Namentlich unter den Frauen hat der Zensor gewütet. Die Mehrzahl der hundert Gestrichenen sind »arische«. Nach welchem Prinzip ist hier ausgelassen worden? — fragen ausländische Blätter. Prinzip? Um die Futterkrippe gehts. Die Zeitungen sterben, die »neue Literatur« hängt unverkauft in den Schaufenstern, die braunen Schmieranten drängeln. Platz da für uns! Also wirft man ihnen die Leichen von hundert Erschlagenen hin, die schreiben konnten — und für eine Weile hat die Bestie wieder Ruh.

Die Woche der braunen Schwarte.

Zu Ehren der Buchwoche wurden Preisverteilungen arrangiert. »Nationalsozialistische Werke müssen bei diesen

Pfui, du bist erbkrank!

Das Amtsgericht Gießen verurteilte kürzlich einen Angeklagten zu einem Monat Gefängnis, weil er seinen Volksgenossen verhöhnt und verächtlich gemacht hatte, der sich einer Maßnahme des Erbgesundheitsgerichts unterziehen mußte. Oberregierungsrat Doermer vom Reichsjustizministerium weist in der »Deutschen Justiz« auf dieses Urteil hin und fügt hinzu:

Wenn der nationalsozialistische Staat auch auf der einen Seite im Interesse der Erhaltung des Volksganzen dem Volksgenossen Eingriffe in seine persönliche Integrität zumutet, so ist er andererseits, wie auch das Urteil zeigt, nicht gewillt, diesen Volksgenossen der Geringschätzung und Verachtung seiner Umgebung preiszugeben.

Der Herr Oberregierungsrat überschätzt den Machtbereich der braunen Behörden. Ein Regime, das alle Volksteile gewaltsam zum Götzendienst an der »Edelrasse«, zur Anbetung des Körperlichen — und nur des Körperlichen — erzieht, wird niemals verhindern können, daß die also Erzeugten körperliche Gesundheit mit allmenschlicher Qualität, Muskel- und Zeugungskraft mit verdienstvoller Leistung verwechseln.

Unschuld eingekerkert — fristlos entlassen

Das Frankfurter Landesarbeitsgericht hat eine Entscheidung gefällt, die als monströse Verhöhnung aller menschlichen Rechtsbegriffe in die Geschichte der Justiz eingehen wird. — Ein Chemiker, Angestellter eines westdeutschen Werkes, war »wegen staatsfeindlicher Betätigung« in Schutzhaft genommen worden. Da sich keinerlei Beweis erbringen ließ, wurde das Strafverfahren eingestellt und seine Haftentlassung angeordnet. Auf die näheren Umstände kommt es hier nicht an, es interessiert in diesem Zusammenhang nur noch die Tatsache, daß die Firma den Mann nach der Inhaftierung fristlos entließ und daß dieser auf Weiterbeschäftigung klagte. Das Landesarbeitsgericht zu Frankfurt entschied:

»Die Einstellung des Strafverfahrens ändert nichts an der Berechtigung der beklagten Werke, den Kläger wegen der Schutzhaft zu entlassen. Die Verhängung der Schutzhaft kann schon für sich allein einen wichtigen Grund zur fristlosen Entlassung im Sinne des § 70 des Handelsgesetzbuches bilden. Sie wird es regelmäßig sein, wenn die Schutzhaft voraussichtlich längere Zeit dauert.

Ob der Angestellte die Schutzhaft verschuldet hat, oder ob die Schutzhaft sich als nicht berechtigt erwiesen hat, ist dabei gleichgültig. Die Tatsache der längeren Abwesenheit vom Dienst bei Schutzhaft rechtfertigt die fristlose Entlassung des Angestellten.«

Das heißt: unschuldig erlittene Schutzhaft wird mit willkürlicher Dienstverweigerung gleichgesetzt. Wenn andere deutsche Gerichte sich dieser Auffassung anschließen, so gibt es künftig für Neinsager und Mißliebige keinerlei Schutz vor fristloser Entlassung. Es genügt vielmehr von nun an, daß ein SA- oder SS-Mann ein Kraft-durch-Freude- oder

Der Weg ins Verderben

Mütter und Kinder im Dritten Reich

Die Lieder der Roten Falken, jener wunderbaren sozialistischen Kinderbewegung Deutschlands, sind verstummt, die Roten Falken sind nicht mehr, ihre älteren Helfer sind verurteilt, geflohen, bedroht, die Jungen und Mädels sehen sie nicht mehr und aus dem wunderbaren »Weg ins Leben« ist der qualvolle Weg ins Verderben geworden. Selbstverantwortung, Lagerdemokratie, Freundschaft, Ordnung, Solidarität — das waren die Prinzipien der sozialistischen Kinderbewegung, deren Angehörige man an den freudigen Augen, den geblühten Gesichtern und den blauen Blusen mit dem roten Falken darauf, erkannte. Ein gewaltiges Kulturwerk war das, eine neue Zukunft sprach zu uns, wenn die jüngste Generation des Sozialismus das Lied von den Kindern der Arbeit sang... nicht mehr länger wollen wir warten, auf der Sonne heißen Schein, selber bauen wir uns Staaten, wo viel Sonne kommt hinein...« Die Diktatur hat auch dieses Kulturwerk zerstört, nachdem niederträchtige Verlogenheit der vornazistischen Periode nicht in der Lage war, diese Bewegung weltanschaulich zu überwinden.

Jetzt sind die Roten Falken überwältigt, vorläufig können sie nicht fliegen, in dieser Luft können sie nicht leben. Nun beherrscht der Ungelast der Hitlerjugend das Feld, die erbärmliche Aufgeblasenheit einer innerlich verarmten Jugend, die immer ärmer gemacht wird. Die Verwahrlosung greift immer weiter um sich, Pädagogen, Hygieniker, Fürsorger, Staatsanwälte, alle klagen sie. Der Sittenverfall ist dermaßen rapid, daß nun schon Polizeierlasse notwendig sind, mittels derer Jungen und Mädchen strengstens voneinander getrennt werden müssen. Wie wunderbar waren doch demgegenüber die Roten Falken! Da standen sich Jungen und Mädchen in kameradschaftlicher Weise gegenüber, die Falken brauchten keine Polizeierlasse zwecks Sicherung ihrer Sittlichkeit, sie kam von innen heraus, sie war das Ergebnis einer Weltanschauung und einer den Menschen erfassenden, durchdachten Pädagogik. Bewußte, von Verantwortung erfüllte Menschen haben sich nach der Arbeit Mühe und Last diesem großen sozialen Werk zur Verfügung gestellt, da wurde ehrlich ge-

Partiefunktionär auf den Posten des Außenleiters scharf ist. Schutzhaftbefehle sind leicht zu erwirken, und Schutzhaft, auch wenn sie ohne Grund verhängt wird, zieht fristlose Entlassung nach sich. — Der Verleumder kann stolz den freigewordenen Posten beziehen.

Wie steht Deutschland?

Im Berliner Versammlungskalender lesen wir:

»Öffentliche Versammlung der NSDAP in Lichterfelde-Ost. Pg. Odenbach spricht über das die ganze Fülle der z. Z. schweben-

den Fragen enthaltende Thema: »Wo und wie steht Deutschland?«

Ja — wie steht das braune Deutschland? Wie kann es vor Schulden überhaupt noch stehen? Das fragt sich nicht nur der Pg. Odenbach.

Strammstehen! Durchhalten! Maulhalten!

Die Landesstelle Hessen-Nassau des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda schimpft:

»Gerichte! — Wir alle kennen dieses

hintergründige Flüstern von Ohr zu Ohr. — »Haben Sie schon gehört...?« »Ja, natürlich! Man hat mir erzählt...« »und wissen Sie, das mit der Butter...«

Manchmal dürfte hinter dieser Gerüchtmacherei eine bewußte Sabotage der nationalsozialistischen Aufbauarbeit stecken. Und diesen Saboteuren des geschlossenen Aufbauwillens eines 65-Millionenvolkes muß das Handwerk gelegt werden. So oder so! Wenn sie nicht zu bekehren sind, dann wird man sie anders zu fassen wissen und auf eine nachdrücklichere Art von der Unzweckmäßigkeit ihres Tuns überzeugen.«

Wer von Butter spricht, wird erschossen.

mancher Schaden gestiftet werde. Den Spitzen des Reiches scheinen diese Mahnungen nahe gegangen zu sein. Deshalb haben sie der Reichsfilmkammer soeben einen Präsidenten geschenkt, der vom Filmfach ungefähr so viel versteht wie das Nilpferd vom Eierbrüten.

Prof. Dr. Pg. Lehnich, 39 Jahre alt, im Kriege Leutnant, studierte Rechts- und Staatswissenschaften, nahm an sieben Jahren Mißwirtschaft als wohlbestallter Regierungsrat des republikanischen Wirtschaftsministeriums tätigen Anteil und machte im braunen Deutschland mächtig Karriere, wurde Staatsrat, württembergischer Wirtschaftsminister, Gauwirtschaftsberater, Gaufachberater für ständischen Aufbau, Landesleiter für den ständischen Aufbau Süd-West, Mitglied der Akademie für deutsches Recht, Vorsitzender des Kartellrechtsausschusses, Mitglied des Aktienrechtsausschusses und Mitglied des Reichsrechnungshofes. Nun ist ihm also auch noch die Zukunft des deutschen Filmes anvertraut worden. Man hätte ihn genau so gut zum Reichsgärtnermeister, zum Architektenführer oder zum Kriegsmarinern ernennen können — er versteht von einem Fach so viel wie vom andern. In der Liste der Großpostenbesitzer rangiert er jedenfalls ziemlich weit oben.

Wettbewerben im Vordergrund stehen, meldet die Kölnische Zeitung. Darum der Name »Woche des deutschen Buches«. Goethe und Schiller gehören in die Ecke. Die materialistische Denkart der marxistisch-liberalen Epoche, in der sich nur Leistungen messen durften, ist endgültig vorbei.

Warum Kunstpleite?

Ab und zu findet ein brauner Feldwobel heraus, warum die Theater, Zeitschriften und Verlage kaputt gehen. In den schlesischen Monatsheften schreibt ein Gauführer der NS-Kulturgemeinde:

»Es ist heute nicht leicht, das Mißtrauen, das der deutsche Mensch rein instinktmäßig gegen das Kunstschaffen einer vergangenen Epoche gefaßt hatte, zu beseitigen, selbst wenn man an die Stelle des alten Schlechten etwas gutes Neues setzt, wie das auf allen Gebieten nationalsozialistischer Aufbauarbeit der Fall ist.«

Weil die Kunst vor Hitler nichts Großes hervorbrachte, erkennt das Publikum die neue Qualität der Dilettanten und Renegaten eben nicht. Dagegen gäb es keinen Beweis mehr, wenn in den gereinigten Reihen nicht leichtfertig gemeckert würde. Dem neuen Präsidenten der Reichsmusikkammer, Dr. Raabe, wird das braune Wams zu eng; im Oktoberheft der Zeitschrift für Musik fordert er zur Hebung der verkrachenden Kunst nicht mehr und nicht weniger, als einen neuen Individualismus:

»Daß der Staat berechtigterweise die volle Hingabe des einzelnen an die Gemeinschaft fordert, läßt bei vielen die falsche Vorstellung aufkommen, dem Staate wäre damit gedient, wenn der Mensch sich nur als Mitglied der Gemeinschaft fühlt und gar nicht mehr als Einzelperson. Man vergißt dabei, daß in einem solchen Auf-

gehen das Wertvollste verloren ging, was der Mensch besitzt: die Fähigkeit, selbst zu entscheiden, also die Entschlußkraft und das Verantwortungsgefühl...«

Selbst zu entscheiden — wo Hitler bestimmt, daß im Namen des Oberborsen überall ein Bonze entscheidet? Aber es geht weiter:

»Das Ziel aller Kulturbestrebungen muß sein, ein Volk heranzuziehen, dem alles Vaterländische eine Selbstverständlichkeit ist. Das wird der Fall sein, wenn bei diesem Volke die Kultur des Geistes und die der Seelen eine Pflege erfahren, die den einzelnen fördert, den Regungen seines Geistes und seines Herzens Freiheit gibt, und ihn gerade dadurch zu einem wertvollen Gliede der Gemeinschaft macht.

Wann hat denn der sogenannte »einfache Mann« Kultur? Er hat sie, wenn er das besitzt, was Deutschlands Größter, was Goethe als das Ziel des Werdens und Gewordenseins preist; wenn er die Ehrfurcht hat, vor dem, was über uns ist, die Ehrfurcht vor dem, was unter uns ist und vor dem, was neben uns ist. Das ist es, was als Kultur dem Leben des einzelnen Wert und Würde gibt.«

Was? Nicht marschieren und parieren, sondern Besinnung auf den inneren Menschen, Ehrfurcht vorm Leben, Respekt vorm Individuum, sind das A und O aller Kulturpflege? Das hat die verfluchte liberalistische Epoche auch immer gepredigt! So dringt das Humanitätsgemecker sogar in die braunen sogenannten Kulturkammern.

Saison-Erpressungen

Um der braunen Kunstpleite zu steuern, setzt mit dem Herbst die allgemeine Erpressung wieder ein. Der »Konzerttränge« der NS-

Kulturgemeinde schmettert in einem Aufruf, jeder nationalsozialistisch gesinnte Volksgenosse müsse dem Konzerttränge angehören. Wer also nicht beitrifft, zeigt schlechte Gesinnung und riskiert allerhand Nachteile. Namentlich wenn er Beamter ist. In den Nazibüchern fordern Appelle an die Beamten, »in den Theaterstädten dem Werberuf der Theaterleitungen zu folgen« und regelmäßigen Besuch der Theater durch Beitritt zu den braunen Besucherorganisationen zu gewährleisten. »Der Theaterbesuch ist heute keine Geldfrage mehr, sondern ausschließlich Gesinnungssache...« Entweder Du zeichnest oder Du bist Marxist. Daß Theaterbesuch auch von der Kunstleistung abhängen könnte, spielt keine Rolle mehr. Und so langweilt, wer im Theater sitzt, sich und das deutsche Bühnenleben zusehenden.

Denn selbst in der Operette geht es spießbürgerlicher zu, als jemals. Ueber eine Ausstattungsoperette fällt die »Frankfurter Zeitung« das klassische Urteil, sie sei zeitgemäß, nicht nur weil »an die Stelle verfallener Erotik das Verlobungsbedürfnis getreten ist...« Schöner kann man nicht ausdrücken, von welch muffigem Philistertum selbst die sogenannte heitere Muse heute drüben beherrscht wird.

Warum gerade Filmpräsident?

Die gleichgeschalteten Blätter wagen gelegentlich darüber zu meckern, daß zu viel Nichtfachleute im deutschen Filmwesen das Wort führen und daß auf diese Weise mancher unüberlegte Eingriff begünstigt,

Mißtrauensräte

Schutz der Unternehmer gegen die Vertrauensräte

Auf dem Nürnberger Parteirummel hat der Ley wieder einmal bombastisch von einer Betriebseinheit gesprochen, die als Schicksals- und Leistungsgemeinschaft bezeichnet werden müsse. »Die Betriebsgemeinschaft marschiert«. »Der Gemeinschaftsinn«. »Das Erlebnis des Betriebes«. »Betriebsführer und Gefolgschaft auf Gedeih und Verderb verbunden«, so lauten die Überschriften, unter denen der Nürnberger Schwindel in der Arbeitsfront-Presse verzapft wird. Das Arbeitsordnungsgesetz sollte den formal-rechtlichen Rahmen für die Tätigkeit der Vertrauensräte, dieser Hüter der Betriebsgemeinschaft sein. Aber kaum ist die Nürnberger Probemobilmachung zu Ende und schon hat sich eine neue Erziehungsaktion der Vertrauensräte als notwendig erwiesen.

In den Arbeiterkreisen hatten sich die Vertrauensräte von Anfang an nicht wegen Ueberflusses an Vertrauen zu beklagen. Aber neuerdings meckern auch die Unternehmer, weil einzelne der Vertrauensräte sich einseitig als Vertreter der Gefolgschaften zu führen scheinen. Soweit aber der Ley Betriebsführer und Vertrauensrat »an einen Tisch geführt« hat, klagen wiederum die Treuhänder, daß diese Vertrauensräte sich seitens der mit ihnen volksgemeinschaftlich verbundenen Unternehmer stiller Vergünstigungen erfreuen.

Die »Frankfurter Zeitung«, die sich in einem »Sozialer Takt« überschriebenen Artikel mit der Praxis der Vertrauensräte befaßt, zeigt einerseits die Versuchung des Gegeneinanders, das durch neue Anweisungen der Treuhänder überwunden werden muß und sie berichtet andererseits über jene Bekanntmachungen der Treuhänder, die sich dagegen wenden, »daß Unternehmer oder Betriebsführer ihren Vertrauensrat auf Schleichwegen kaltstellen.«

Rückfälle in die Atmosphäre des Betriebsrats

Die F. Z. meint, es sei kein Zufall, wenn sich die Treuhänder wieder stärker den Vertrauensräten zuwenden. So hätte jetzt der Treuhänder der Nordmark versucht in einer Bekanntmachung »Rückfällen in die alte Atmosphäre des Betriebsrats vorzubeugen«. Das Mitteilungsblatt »Stein und Erde« wird noch deutlicher und schreibt in einem Schulungsansatz:

»Die Unsitte, die leider stark eingerissen ist, daß ein Vertrauensmann sich als Vertrauensrat, mehrere Vertrauensmänner als Vertrauensräte bezeichnen, muß stark gerügt werden. Im nationalsozialistischen Staat gibt es keine Vertrauensräte, die den Betriebsräten des vergangenen Systems gleichzustellen wären.«

»Der Vertrauensrat habe ausschließlich der Förderung der Betriebsgemeinschaft zu dienen.

»Er hat nicht, wie der Betriebsrat des alten Rechtes, Sonderinteressen wahrzunehmen, sondern für die gemeinsamen Belange einzutreten.«

Der § 6 des Arbeitsordnungsgesetzes wird kommentiert. Danach gehören Fragen der wirtschaftlichen Betriebsführung überhaupt nicht zu den Befugnissen des Vertrauensrats. Aber auch die Beratung in Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsleistung dürfe nicht falsch verstanden werden. »Stein und Erde« erläutert:

»Auch hier finden wir — in versteckter Form — die Herausstellung des nationalsozialistischen Leistungsgedankens.«

Niemals sollte sich ein Mitglied des Vertrauensrats zu dem Gedanken verleiten lassen, es müsse

»für die von ihm vertretene Gefolgschaft etwas heraussuchen, eine Erscheinung, die bedauerlicherweise hier und dort zutage tritt.«

Die Treuhänder wenden sich weiter gegen den Versuch, daß die Vertrauensmänner aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden oder Obmann wählen.

»womit sofort wieder die organisatorische Entgegensetzung zwischen dem Unternehmer und seinen Arbeitnehmern im praktischen Ansatz verbunden wäre.«

Die Frkf. Ztg. warnt die Vertrauensräte sich durch solche Fehler »mithin doch wieder als Befürworter berechtigter Interessen« fühlen zu können und unterstützt die von den Treuhändern gegen die Vertrauensräte getroffenen Schutzordnungen indes sie sagt:

»Die Anweisungen zeigen im ganzen das schon früh sichtbare Bestreben, in diesem Stadium der Entwicklung den Beteiligten jede äußere, ja selbst jede sprachliche Stütze zu nehmen an der sich ein Gegeneinanderarbeiten aufzurichten könnte.«

Die ganze Aktion zeigt nur allzu deutlich, daß der arbeitfliehende Vertrauensmann

seiner Aufgabe nur gerecht werden kann, wenn er sich des vollen Mißtrauens seiner Arbeitskameraden erfreut.

Vertrauensrats-Korruption

Unter der irreführenden Bezeichnung »der Kündigungsschutz der Vertrauensmänner« erläutert ein Dr. Weigelt in den Schulungsblättern der DAF den ehrenamtlichen Charakter des Vertrauensrats.

»Der Charakter des Ehrenamts würde verletzt, wenn der Vertrauensmann die Unkündbarkeit seiner Stellung dazu mißbrauchen würde, um für sich Arbeitsbedingungen zu erhalten, die seinen Arbeitskameraden nicht mehr zukommen, da sie allgemein im Betrieb geändert sind.«

Die Frkf. Ztg. berichtet dazu von einem Erlaß des Treuhänders für Sachsen, der es als unzulässig bezeichnet, wenn Unternehmer einzelnen Vertrauensmännern »besondere Vergünstigungen« gewähren. Der Treuhänder für Brandenburg führt aus:

»da wird z. B. die Pauschalvergütung von Spesen untersagt werden müssen, um den ehrenamtlichen Charakter des Vm. nicht auf dem Umweg über Spesenkonto (bei denen man im Sport so schlechte Erfahrungen gemacht hat) ins Zwielicht zu rücken.«

Das gleiche gelte, wenn der Vm. nur deshalb befördert wird, weil er Vm. ist. So befassen sich die Treuhänder Anweisungen mit den weiteren Maßnahmen, die den Vm. zum Mann mit »besonderen Chancen« macht. Wie weit muß die Vertrauensratskorruption gediehen sein, wenn die Frkf. Ztg. die letzten Anweisungen mit dem Satz begleitet:

»Es ist klar, daß man sonst der stillen Korruption Tür und Tor öffnet.«

Herr Weigelt setzt aber gleichzeitig juristisch auseinander, was für den nicht korruptierten Vertrauensrat vom sog. Kündigungsschutz im Dritten Reich übrig bleibt. Er erklärt, daß die Kündigung eines Vm. grundsätzlich zwar unzulässig ist, aber nach Ausspruch der Kündigung ist der Verzicht auf den Kündigungsschutz in stillschweigender Form dann zulässig, wenn der Vm. nachträglich von sich aus kündigt oder mit seinem Ausscheiden aus dem Betrieb ausdrücklich einverstanden ist. Bei der Un-

ternehmergehewalt, der ein Arbeiter heute im Hitler-Reich untersteht ist es nicht schwer, eine solche nachträglich »im gegenseitigen Einvernehmen« erfolgte vertragliche Lösung des Arbeitsverhältnisses zu konstruieren. Die andere Umgehung des Kündigungsschutzes ist dem Unternehmer gegeben, indem er »nach freiem Ermessen« die Arbeitsbedingungen für die Belegschaft abändert. Eine in solchen Fällen an alle Gefolgschaftsmitglieder gerichtete Kündigung bleibt zwar zunächst für den Vertrauensrat unwirksam.

»Ist dagegen der Unternehmer kraft seines Direktionsrechts befugt, bei bestehendem Arbeitsvertrag die Bedingungen zu ändern, so gilt dies auch gegenüber dem Vertrauensmann.«

Dieses Direktionsrecht haben die deutschen Unternehmer entweder durch eine Betriebsordnung oder durch eine Tarifordnung. Schließlich hat es der Unternehmer in der Hand, den Kündigungsschutz des Vm. unwirksam zu machen, indem er seinen Betrieb ganz oder teilweise stilllegt, bezw. seine Absicht zur Stilllegung äußert. Weigelt kommentiert den § 14 dahin, daß

»in erster Linie der Wille des Unternehmers entscheidet, ob eine Stilllegung vorliegt oder nicht.«

Diese letzten Anweisungen der Treuhänder beweisen mehr, als alle bisherige Kritik, wie brüchig das Vertrauensratsystem sich heute schon erwiesen hat. Es gab bis jetzt noch einzelne Vertrauensräte, die gezwungen vom Druck ihrer Arbeitskameraden gelegentlich ein Wort zugunsten der Belegschaft gewagt hatten. Sie werden als »klassenkämpferisch« und in der »alten Atmosphäre des Betriebsrats der Vergangenheit« verdächtigt und beseitigt. Es gibt Vertrauensräte, die sich auf Kosten ihrer Arbeitskameraden von ihrem Unternehmer begünstigen und korruptieren lassen. Ihre fundierte Betriebsgemeinschaft wird sich auch durch Anweisungen der Treuhänder kaum zerreißen lassen. Es gibt schließlich Vertrauensräte, die mit oder ohne Bestechung ihre nationalsozialistische Pflicht erfüllen und als Vertrauensrat den systematischen Arbeiterrat betreiben. Die Klassenbewußten Arbeiter wissen, was sie den Hitlerischen Mißtrauensräten schuldig sind.

Lohnbeschlagnahme

In der »Frankfurter Zeitung« war dieser Tage folgende Notiz zu lesen:

»Braunschweig, 25. Oktober. Ein Werk in Wittmar (Kreis Wolfenbüttel) hat für seine Gefolgschaft 800 Flaschen Patenwein bestellt. Der Betrag dafür wird dem Einzelnen in fünf Monatsraten abgezogen.«

Die Arbeiter werden gar nicht erst gefragt. Es wird ihnen kurzerhand fünf Monate hindurch ein Teil ihres Lohnes von dem Unternehmer für Wein beschlagnahmt. Dabei reicht der gegen früher stark gesenkte Reallohn nicht hin, um den dringendsten Bedarf an Nahrungsmitteln und Bedarfsartikeln zu decken. Aber die Nazibonzen wollen als Retter der Winzer glänzen und da müssen eben die Arbeiter bluten.

Keine beneidenswerten Aufgabe...

In der »Berliner Börsen-Zeitung« vom 14. Oktober 1935 war in einer Notiz über Kriegsberichterstattung folgendes zu lesen:

»In Addis Abeba befinden sich, wie es heißt, zur Zeit an hundert Kriegsberichterstattung aus aller Herren Länder. Das Hauptkontingent stellen natürlich Engländer und Amerikaner. Die reichsdeutschen Berichterstattung stehen dabei vor keiner beneidenswerten Aufgabe. Sie müssen auf 500 km authentische, wahrheitsgetreue, gut verkäufliche... Meldungen liefern, vor allem aber solche, die der Ansicht oder der Erwartung entsprechen, welche den Durchschnittsleser des sogenannten Durchschnittsweltblattes mit dem abessinischen Krieg verknüpft...«

In der Nummer vom 15. Oktober erschien in der »Berliner Börsen-Zeitung« diese »Druckfehlerberichtigung«:

»In unserem gestrigen Streiflicht »Kriegsberichterstattung« wurde die Tätigkeit der Kriegsberichterstattung in Addis Abeba kritisch beleuchtet. Dabei ist leider der Sinn durch einen besonders üblen Druckfehler in sein Gegenteil verkehrt worden. Statt »die reichsdeutschen Berichterstattung« muß es natürlich heißen »die nichtdeutschen Berichterstattung«.

Der Druckfehlertölpel hat die Wahrheit über die Aufgabe der Berichterstattung und Redakteure in Hitlerdeutschland ausgesprochen; sie dürfen nur Meldungen und Artikel

liefern, die in allen Dingen der für die Durchschnittsleser sogenannten Durchschnittsweltblätter von der nationalsozialistischen Regierung bereitgehaltenen Ansicht und Erwartung entsprechen. Vielleicht handelt es sich gar nicht um einen Druckfehler, sondern um einen Seufzer der Kuliredakteure der »Berliner Börsen-Zeitung«.

„Chinesische Kulis“

Das Erfurter Schöffengericht hatte sich mit einem Strafantrag des Erfurter Kreisleiters der Deutschen Arbeitsfront gegen einen seit längerer Zeit arbeitslosen Arbeiter zu beschäftigen. Dieser Mann hatte in seinem Briefe an seinen Bruder in Danzig die Lage der deutschen Arbeiterschaft unter der Hitlerherrschaft erwähnt und dabei davon gesprochen, daß sie »auf den Standpunkt chinesischer Kulis herabgesunken« sei.

Die Devisenstelle hatte den Brief des Erfurter Arbeitslosen geöffnet, sicher nicht, um nach Devisen zu suchen, sondern, um die allgemein übliche politische Zensur auszuüben. Sie hat den Brief an den Kreisleiter der Deutschen Arbeitsfront weitergeleitet. Obwohl der Staatsanwalt eine einmonatige Gefängnisstrafe beantragte, sprach das Schöffengericht den Angeklagten frei. In der Urteilsbegründung werden die gebrauchten Redewendungen zwar als »eine ungehörige und unberechtigte Kritik« bezeichnet, aber es wird festgestellt, daß der Vorsatz, jemanden zu beleidigen, bei der Abfassung des Briefes nicht vorhanden gewesen sei.

Obwohl der Erfurter Arbeitslose nur der Auffassung Ausdruck gegeben hat, die von vielen tausenden arbeitenden Menschen in Deutschland geteilt wird, ist doch zu befürchten, daß das Urteil des Schöffengerichtes durch eine höhere Instanz im Sinne des nationalsozialistischen Staatsanwalts korrigiert werden wird.

Jahrmärkte der Eitelkeiten

Die »Preußische Zeitung«, ein parteiamtliches, mit Hohheitszeichen versehenes Organ, entwirft in einem Artikel »Führer« oder »Leiter« — ein erheiterndes Bild vom Jahrmärkte brauner Eitelkeiten. Es ist da

nämlich im Dritten Reich, das keine anderen Sorgen hat, die hochwichtige Frage aufgeleuchtet, wer sich als »Führer« und wer nur als »Leiter« aufspielen dürfe. Zunächst, so berichtet die »Preußische« wurde kurzerhand dahin entschieden, daß es »im nationalsozialistischen Deutschland nur Führer geben könne.« Dann trat eine »leichte Ebbe« ein. Als aber die Partei den Begriff Amtswalter in die Welt setzte,

»erstand in allen Verbänden und Verbänden eine stramme Amtswalterschaft, bis ein Erlaß des Reichsorganisationsleiters unter diesen Unfug einen dicken Strich setzte. Inzwischen hatte die Partei den neuen Begriff des »politischen Leiters« geprägt und nun gehen in Abwandlung dieser Neuschöpfung die Untersuchungen darüber durch das Schrifttum, wer Führer und wer Leiter sei.«

Den Obernazis paßt das nicht, denn ihre ganze Religion, die dem Volke um jeden Preis erhalten werden soll, fußt auf dem Gebot: »Ihr sollt keine andern Führer haben neben uns!« Deshalb ereifert sich der Artikelschreiber:

»Es wird der Einmaligkeit des Führerbegriffes, wie ihn die nationalsozialistische Bewegung in ihrem Führer Adolf Hitler selbst geschaffen hat, kein Dienst erwiesen, wenn man nunmehr an der Führerpersönlichkeit herumdoktert und in philosophisch gehaltenen Untersuchungen darüber nachgrübelt, was ein Führer ist und darf, was er nicht ist und nicht darf, was »typisch« für ihn ist und was nicht.«

Was aber für das Dritte Reich typisch ist, kann jeder unschwer erkennen: an die Stelle der Leistung ist der Vereinsrang getreten, die braunen Recken schmücken sich mit Titeln wie der Kampfhahn zur Brunstzeit mit bunten Federn, und je lächerlicher sie sich auführen, desto ernster nehmen sie sich selbst.

Die Chance

Ein badisches Naziblatt schreibt: »Die Konzentrationslager sind ein Erziehungsinstrument erster Qualität. Für manchen, der sie absolvierte, dürften sie die erste Chance seines Lebens gewesen sein...« Die Chance, »auf der Flucht« umgebracht zu werden!

Alliance Française

101, Bd. Raspail, Paris (VIe)
Praktisches Institut für französische Sprache
Direktor: M. Robert Dupouey.

Der Winter-Lehrgang für die perfekte Erlernung der französischen Sprache beginnt am 4. November.

Der Arbeitsplan umfaßt wöchentlich: Sechzehn Stunden mindestens praktische Sprachübungen, einschließlich Uebersetzungen ins Französische.

Siebzehn Vorlesungen und Vorträge.
Ein kunstgeschichtlicher Rundgang.
Einschreibgebühr: 195 Frca. monatlich, 500 Frca. für alle 4 Monate (4. Nov. bis 28. Feb.)
Besondere Karten zum Preise von 80 Frca. monatlich werden denjenigen Personen ausgeben, die sich nur an den Vorträgen zu beteiligen wünschen.

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »Graphica«; alle in Karlsbad; Zeitungstarif bew. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933; Printed in Czecho-Slovakia.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR Kc 1.40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kc 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kc 2.— (Kc 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien Frs. 2.45 (29.50), Bulgarien Lew 8.— (96.—), Danzig Guld. 0.45 (5.40), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—), Großbritannien d 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.80), Italien Lit. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B. Frs. 2.45 (29.50), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 0.40 (4.80), Palästina P. Pf. 0.020 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Peng 0.35 (4.20), USA. 0.08 (1.—).

Einzahlungen können auf folgende Postcheckkonten erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad. Prag 46.149. Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad. Wien B-198.304. Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad. Warschau 190.163. Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad. Zürich Nr. VIII 14.697. Ungarn: Anglo-Cechoslovakische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad. Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Cechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad. Konto »Neuer Vorwärts«, Beograd Nr. 51.005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.